Nummer 31 — Hamburg, den 1. August 1925 — 38. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Asphalteure, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 ℳ. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 ℳ.
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 ₰.

Unsere Kämpfe.

Die unserm Bund durch das Bauunternehmertum aufgezwungenen Großkämpfe in den Freistaaten Baden, Mecklenburg, Sachsen, in Berlin und der Provinz Sachsen mit Anhalt dauern unverändert weiter. Die Unternehmer und das ihnen ergebene Preßgelichter suchen mit allen Mitteln die Reihen der kämpfenden Kollegen wankend zu machen. Dabei wird auch versucht, in jeder Weise die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Kollegen! Steht in dieser Zeit der Gefahr getreu zum Bunde! Laßt Euch in keiner Weise verblüffen! Haltet aus im Kampfe! Und die in Arbeit stehen, mögen bedenken, daß Zehntausende der Kollegen im berechtigten Ringen stehen für berechtigte Wirtschaftsforderungen, die auch die ihrigen sind. Uebt Solidarität und Opfermut! Zeigt den Unternehmern, daß die deutsche Bauarbeiterschaft keine Helotenschar ist, mit der sie nach Belieben umspringen können. Hoch die Bewegung! Hoch unser Bund!

Der Bolschewistenkampf gegen die Bauhütten.

Zu den „Streikparolen" der „kommunistischen" Bauarbeiter gehört auch die, bei Arbeitskämpfen im Baugewerbe die Bauhütten zu bestreiken. Wir haben dies schon an einer Reihe Streikorte erlebt. So vor einigen Monaten in Hamburg. Der Baugewerksbund beschließt, bei der Bauhütte wird weitergearbeitet, der Verband der Ausgeschlossenen hält dies für ungeeignet, um in seinem Sinne den Kampf „weiterzutreiben", er protestiert dagegen, nennt den Beschluß einen „Verrat" an den Bauarbeiterinteressen, und da er mit der Demokratie gegen solchen „Verrat" nichts aushecken kann, weil er sich überall in einer trostlosen Minderheit befindet, versucht er es mit Gewalt, mit dem Terror. Ein Rollkommando erhält den Auftrag, mit allen Mitteln den Bau „stillzulegen"; es dringt in den Bau und wirft unter Anwendung brutalster Gewaltmittel die auf Anordnung des Baugewerksbundes dort Weiterarbeitenden herunter. Und wenn dann die Polizei eingreift, um diese Leute gegen solche Gewalttätigkeiten zu schützen, Gewalttat mit Gewalttat abzuwehren, dann schreien die Angreifer über Vergewaltigung und weisen an diesem „Beispiel" nach, wie „tief" nun eigentlich die „Bonzen" schon wieder gesunken seien, sie bedienten sich bürgerlicher Pinkertons zur Unterdrückung des Freiheitsstrebens streikender Arbeiter . . .

Neuerdings erlebten wir solch einen jämmerlichen Vorgang auch in Berlin. Dort wird der Streik beschlossen, jedoch vom Baugewerksbund Anweisung gegeben, bei der Bauhütte weiterzuarbeiten. Der Fall liegt besonders günstig; es sind Bauauftraggeber vorhanden, die der Bauhütte ihre Arbeiten ebenfalls übertragen möchten, da diese Arbeiten eilen. Die Bauhütte gleichfalls zu bestreiken, liegt kein Anlaß vor. Sie verpflichtet sich zur Zahlung der Löhne, wie sie der Schiedsspruch vorsieht, ist auch bereit, den Hilfsarbeitern noch mehr zu geben. Die Sozialforderungen der Bauarbeiter erfüllt sie auch. Außerdem ist sie eine Schöpfung der Bauarbeiterschaft, mit deren Gelde ins Leben gerufen und unter ihrer Aufsicht stehend. Kein irgendwie faßbarer Grund liegt vor, diese ureigene Schöpfung der baugewerblichen Arbeiter zu bestreiken, es wäre ein sinnloses Wüten gegen das eigene Fleisch. Deshalb wird beschlossen, bei der Bauhütte weiterarbeiten zu lassen.

Eine andere Ansicht haben die bestreikten Bauunternehmer und die „Kommunisten". Die ersteren möchten die Bestreikung der Bauhütte, weil dadurch im gefährlichen Augenblick deren Konkurrenz lahmgelegt wird und außerdem die Kampffront der Streikenden völlig unnütz verbreitert wird, was der Ausstandsbewegung bedeutende Mehrkosten verursacht. Das ist, vom Unternehmerstandpunkt aus betrachtet, verständlich. In das Unternehmerhorn blasen aber auch die „Kommunisten". Zunächst aus „Prinzip": Die Kampfbasis muß verbreitert werden. Eine belanglose, in diesem Falle sogar hirnverbrannte Phrase, da ihre Verwirklichung den Arbeitern schadet. Um einen weiteren „sachlichen Grund" vorzuführen, wird erklärt, durch das Bestreiken der Bauhütte seien deren Leiter gezwungen, als mahnendes Gewissen unter den Bauunternehmern aufzutreten, um diesen gut zuzureden, gleich der jederzeit dazu bereiten Bauhütte ebenfalls die Arbeiterforderungen anzuerkennen. Auch ein öder Stuß; denn es wirkt weit besser, wenn gesagt werden kann: Seht, die Bauhütte

> **Wer seine Ansicht mit andern Waffen als denen des Geistes verteidigt, von dem muß ich voraussetzen, daß ihm die Waffen des Geistes ausgegangen sind.**
> Bismarck.

arbeitet weiter, ihr ist es ein Leichtes, die Forderungen der Ausständigen zu bewilligen, obwohl sie die Arbeiten zu billigeren Sätzen ausführt als die privaten Bauunternehmer.

Also bei der Bauhütte soll auf Beschluß der Baugewerkschaft weitergearbeitet werden. Das geht den „Kommunisten" wider den Strich. Sie protestieren dagegen und suchen, da diesem unvernünftigen Protest noch dazu die Stütze der Mehrheit fehlt, ihre Anschauung mit Gewalt durchzudrücken. Ein Rollkommando von 300 Mann erscheint auf dem Bau, dem zukünftigen Buchdruckerverbandshaus — also gleichfalls einer Arbeiterschöpfung —, wendet unter ärgstem Geschimpf und Gebrüll brutalste Gewalt an, mißhandelt einen 71jährigen Maurer derart, daß er ins Krankenhaus gebracht werden muß; ein anderer Arbeiter, der sich darauf beruft, der Baugewerksbund habe das Weiterarbeiten auf diesem Bau angeordnet, muß flüchten; er erhält dabei einen Mauerstein ins Kreuz, daß er zusammenbricht. Der Bau wird „geräumt". Die Privatunternehmer und „Kommunisten" frohlocken.

Weshalb nun dieses sinnlose, brutale Wüten von Arbeitern gegen Arbeiter? Weshalb degradieren sich besonders „radikal" gerichtete Arbeiter zur freiwilligen Schutztruppe des Unternehmertums? Diese Gründe müssen offen dargelegt werden, um solchen falschen Freunden der Arbeiterbewegung die Heuchlermaske vom Gesicht zu reißen. Wir wissen, es gibt Bauarbeiter unserer Richtung, denen solche Gewalttaten gegen unsere Leute imponieren, ja, die sie sogar für richtig halten. Zum Teil aus Unkenntnis, jedoch auch aus dem Gefühl falscher Mißgunst heraus. Sie müssen streiken und große Opfer bringen, jene aber arbeiten weiter. Das wird ihnen mißgönnt, obwohl sie ja doch durch ihr Weiterarbeiten zur Entlastung der Streikkasse beitragen und zum andern sie durch Abführung von Extrabeiträgen stärken. Dies wird nicht beachtet. Das Untergefühl der Mißgunst ist stärker. In den Versammlungen der „Ausgeschlossenen" aber ist es besonders ausgeprägt, und es bedarf keiner Anstrengung, um sie in diesem Falle zu einer andern Anschauung zu bringen, als der Baugewerksbund beschlossen hat. Aus Mißgunst entstehen Haß und Wut, ein Rollkommando wird zur Räumung des Baues beordert, und es kommt zu den gemeinsten Ausschreitungen. Und aus dem Untergefühl der Mißgunst heraus heißen auch manche Mitglieder des Baugewerksbundes solche Roheiten gut.

Welches sind nun die wahren Gründe, die die Drahtzieher solcher „kommunistischen" Strategie veranlassen, zu solchen Gemeinheiten aufzureizen? Sie liegen klar auf der Hand, nur denen sind sie verborgen, die eine solche Taktik durchführen, und denen, die sich in unsern Reihen dagegen neutral verhalten. Vor allem eins: Den Bolschewisten liegt gar nichs daran, wenn solche Kämpfe zugunsten der Arbeiter ausschlagen. Ihnen ist oberster Zweck, jede Bewegung „weiterzutreiben", wobei sie immer noch dem Phantom der bolschewistischen Revolution nachjagen. Am Elend der Arbeiter erblüht der bolschewistische Weizen. Eine Verbesserung der Arbeiterlage bedeutet für ihn schädlichen Hagelschlag. Das darf man aber nicht der „kommunistischen" Masse sagen. Die ist realistischer veranlagt, auch sie steht auf dem Standpunkt, mit allen Mitteln ihre Lebenslage zu verbessern. Deshalb stellt sie sich auch in Reih und Glied bei Arbeitskämpfen. Nur die „Wissenden" wollen es anders. Am verlorenen Streik blüht deren Geschäft. Deshalb nach außen „aufrichtige" Sympathie mit den Kämpfenden, sonst aber die zielbewußte Absicht, unter dem Deckmantel des Ultraradikalismus der Bewegung den Unwissenden unerkennbare Widerstände zu bereiten.

Deshalb die Parole zur Bestreikung der Bauhütten, ein Ziel, das überall auch aufs innigste gewünscht wird von den Privatunternehmern. Warum? Die Bauhütten sind Schöpfungen des Baugewerksbundes. Dessen Vertrauensleute sitzen in den Leitungen, seine Mitglieder sind darin naturgemäß — zum größten Teil — beschäftigt. Oberstes Gesetz der „kommunistischen" Drahtzieher ist, bei Streiks und Aussperrungen dem Baugewerksbund möglichst viel Ungelegenheiten zu bereiten. Ihnen ist bekannt, daß bei Arbeitskämpfen unsere davon nicht erfaßten Bauhütten den Arbeitern schon oft eine große Hilfe waren, die dort Weiterarbeitenden entlasteten die Kampfkassen und lieferten durch besondere Beiträge Kampfmunition. Außerdem wurden den Bauhütten auch noch dringende Arbeiten übertragen; dadurch wurden immer mehr Bauarbeiter dem Kampfe entzogen und wirkten in schon geschilderter Weise für die Unterstützung des Kampfes. So beeinflußten die Bauhütten den Kampf zugunsten der Arbeiter; es ist vorgekommen, daß der Kampf dadurch entscheidend beeinflußt und zugunsten der Bauarbeiter entschieden wurde. Das ist den bolschewistischen Drahtziehern bekannt. Und da bei ihnen oberstes Gesetz ist, dem Baugewerksbund bei seinen Kämpfen mit radikalem Geschrei in die Quere zu fahren, deshalb die immer wiederkehrende Forderung, auch die Bauhütten zu bestreiken. Dadurch wird dem Arbeiterkampf ein wichtiger Stützpunkt entzogen. Die Kampffront wird dann „verbreitert"; dies verursacht dem Baugewerksbund — da ja hauptsächlich seine Mitglieder in den Bauhütten beschäftigt sind — mehr Kosten. Das ist des Pudels Kern, bei den Unternehmern sowohl als auch bei den bolschewistischen Strategen. Die Streikkasse des Baugewerksbundes muß so viel wie möglich belastet werden. Desto eher kann er zum Nachgeben gezwungen werden. Und wie schön ist es dann, wieder mal den „Verrat" der „reformistischen Führer" „anprangern" zu können und zum Fischzug zu rüsten auf Unwissende im Geiste, sie mit öligen Phrasen einzufangen für das alleinseligmachende bolschewistische Ideal.

Das ist der Zweck der immer wiederholten Uebung. Kollegen des Baugewerksbundes! Erkennt endlich, weshalb man Euch unter tönendem Phrasengeklingel den bolschewistischen Zwecken dienstbar machen will! Rafft Euch auf, wie es Männern zukommt, und bekämpft mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln diese jämmerlichen Machenschaften solcher Wölfe im Schafspelze, denen der Ausgang Eurer Arbeitskämpfe vollständig schnuppe, der bolschewistische Phrasentopf aber die Hauptsache ist! Schützt in gleicher Weise das „Gelöbnis" des „kommunistischen" Parteitages ein, worin erklärt wurde, man wolle unsere Bauarbeiterkämpfe „mit allen Mitteln" unterstützen. Wir danken für solche Hilfe! Nichts als Seifenblasen und ödes Wortgeklingel! Denn die Tatsachen beweisen anderes. Darum, Kollegen, räumt mit der Phrase auf, verlaßt Euch auf die eigene Kraft, befolgt nur die Beschlüsse unseres Bundes und Eurer Baugewerkschaft! Dann seid Ihr gut beraten. Schlecht beraten dagegen seid Ihr, wenn Ihr bolschewistischen Phrasen das Ohr leiht; dann jagt Ihr diesen Auchkämpfern und dem Unternehmertum die Hasen in die Küche! Das begreift endlich. Richtet Euch überall nach dem Beschluß unseres Bundestages, der die Mitglieder des Baugewerksbundes verpflichtet, tatkräftig für die Erweiterung und endliche Durchführung der Bedarfs- und Gemeinwirtschaft einzutreten: mit ihrer Arbeitskraft in den sozialen Baubetrieben und werbend überall, wo sie Gelegenheit dazu haben". Der Bundestag hat die Erwartung ausgesprochen, daß die Baugewerkschaften überall die Bauhütten nach bester Möglichkeit unterstützen. Das aber geschieht nicht durch Bestreikung unserer Bauhütten, sondern dadurch, daß man von ihnen alle Arbeitskämpfe fernhält.

So hat der Bundestag beschlossen. Er ist unsere höchste Instanz. Handelt danach!

Arbeiterkapital.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

IV. (Schluß.)

Zur Beurteilung der Erfolge der Politik des Arbeiterkapitals ist es nicht unwichtig, zu wissen, daß der amerikanische Staat während des Krieges in allen Schichten der amerikanischen Bevölkerung ein großangelegtes Erziehungswerk zur Förderung des Sparbetriebes geleistet hat. „Fünfminutensprecher" wurden durch das ganze Land geschickt, um für die amerikanische Kriegsanleihe zu werben. Unter der Führung von Studenten wurden in den Schulen kleine Banken organisiert, und die Schüler wie auch die Arbeiter über die einfachsten Bank- und Geldgeschäfte aufgeklärt. Hinzu kam das Alkoholverbot, dem man nachsagt, daß es den Arbeitern ermöglicht, 1 Milliarde Dollar jährlich zu sparen. Hinzu kam fernerhin, daß gerade die kleinen Sparer durch eine Anzahl zweifelhafter Banken jährlich um große Summen betrogen wurden. Man schätzt diese durch Betrug und falsche Beratung entstandenen Verluste auf 500 Millionen Dollar. All diese Dinge haben eine gute Atmosphäre für das Gedeihen treuhänderisch arbeitender Arbeiterbanken geschaffen.

Diese Atmosphäre für die Konzentration des Arbeiterkapitals ist bereits so stark, daß private Bankleute damit beginnen, den Gewerkschaften den Erwerb von Aktienpaketen privater Unternehmungen anzubieten. Ebenso versuchen die industriellen Unternehmungen selbst, ihre Arbeiter als Aktionäre für neu herausgegebenes Aktienkapital zu gewinnen. 21 000 Arbeiter der Firma Swift & Co. besitzen heute bereits Aktien im Werte von 21 Millionen Dollar. Derartige Summen werden auch von den Arbeitern anderer Firmen in der Form von Aktien ihres „Brotherrn" angelegt. Die amerikanische Stahlgesellschaft, die der demokratische Rechtsanwalt Samuel Untermyer als „den größten Feind des industriellen Friedens in Amerika" bezeichnet, hat ihren Arbeitern 40 Millionen Dollar Aktien aufreden können. Sie zahlt auf jede Aktie 5 Dollar neben der regelmäßig festgesetzten Dividende, sofern der Arbeiter seine Aktien 5 Jahre behält, das heißt sich der Gesellschaft indirekt zu Gehorsam verpflichtet.

Dieser Art von Konzentration des Arbeiterkapitals traten die Gewerkschaften mit ihren Arbeiterbanken tatkräftig entgegen, indem sie sich selbst zum Treuhänder der Arbeiterschaft bei solchen Beteiligungen machten. Um derartige Beteiligungen für besondere Aufgaben zu pflegen, wurde die „Brotherhood Investment Company" gegründet, die heute über ein eigenes Kapital von 10 Millionen Dollar verfügt.

In welcher Form die Arbeiter unter richtiger Führung solche Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen mit gewerkschaftlichen Zielen in Amerika durchführen, mag folgendes Beispiel zeigen: Im Jahre 1910 führten die Straßenbahner von Philadelphia einen unerhört harten Kampf gegen die Rapid Transit Company, der die Straßenbahn gehörte. 10 Wochen lang wurde ein Kampf mit allen Mitteln geführt. Das Eigentum der Gesellschaft wurde von den Straßenbahnern Tag und Nacht, wo es nur möglich war, demoliert. Die Arbeiterschaft und die Unternehmer standen sich wie zwei Boxer gegenüber. Jeder wollte dem andern den Todesstoß geben. Da legten sich die höheren Instanzen ins Mittel, und es kam endlich ein Friede ohne Sieger und ohne Besiegte zustande. Diesen Frieden verdankten die Straßenbahner dem neu in die Direktion eingetretenen Präsidenten E. Mitten, der die (nach dem Streik) vor dem Bankerott stehende Gesellschaft mit 30 Millionen Dollar Stammkapital retten sollte. Er rettete sie und baute sie von Grund auf neu aus. Während andere Bahnen 3,61 Cent auf den Kopf der Fahrgäste für Löhne und Gehälter ausgaben, drückte Mitten diese Ausgaben durch verbesserte Organisation auf 2,3 Cent herab. Dabei wurden die Löhne der Straßenbahner den allgemein gezahlten Löhnen angepaßt. Die Arbeiterschaft bekam einen offenen Einblick in die Ausgaben der Gesellschaft. Der Lohn der Straßenbahner stieg von 23 Cent die Stunde im Jahre 1911 auf 64 Cent die Stunde im Jahre 1922. Zu dieser Zeit versprach Mitten der Arbeiterschaft eine Beteiligung an dem Reingewinn, wenn es gemeinsamer Arbeit gelänge, 1,5 Millionen Dollar Jahresausgaben zu sparen, die für eine sechsprozentige Dividende der Aktienbesitzer bereitgestellt werden sollten. Dieses Versprechen des Präsidenten Mitten löste bei den andern Direktoren der Aktiengesellschaft die größte Empörung aus. Sie wollten die Vormacht Mittens und die der Arbeiterschaft brechen und ihn bei der nächsten Generalversammlung beseitigen. Von den 600 000 Anteilen der Gesellschaft besaßen die Arbeiter nur einige 10 000. Als die Straßenbahner von dem Sturm gegen Mitten erfuhren, sprangen sie ihm bei. Man wanderte von Haus zu Haus, um alle Anteile der Arbeiter zu sammeln. Die Wohlfahrtsgesellschaft der 11 000 Straßenbahner erklärte sich bereit, 1,5 Millionen Dollar, das heißt ihr ganzes Vermögen, zum Ankauf von Aktien zur Verfügung zu stellen. Mitten riet jedoch ab, dieses kleine Vermögen so einseitig festzulegen. Da rief man die ganze Bevölkerung von Philadelphia auf. In diesem Aufruf heißt es: „Im Jahre 1910 waren wir Straßenbahner noch Vettern des Armenhauses. Heute sind wir eine dem Gesetz ergebene industrielle Familie von Männern und Frauen. Wir sind bessere Straßenbahner, bessere Bürger, bessere Familienväter. Wundert Ihr Euch, daß wir fest neben einem Mann wie Mitten stehen? Wundert Ihr Euch, daß wir befürchten müssen, diesen Mann nach einer andern Stadt ziehen zu sehen, um dort eine ebenso hoffnungslos erscheinende Sache anzufassen wie die unsere vom Jahre 1911?"

> **Die Wucherzölle.**
>
> **Hat man viel, so wird man bald**
> **Noch viel mehr dazu bekommen,**
> **Wer nur wenig hat, dem wird**
> **Auch das Wenige genommen.**
>
> **Wenn Du aber gar nichts hast,**
> **Ach, so lasse Dich begraben,**
> **Denn ein Recht zum Leben, Lump,**
> **haben nur, die etwas haben.**
>
> Heinrich Heine.

Der Erfolg dieses Aufrufes war der, daß Mitten in der Generalversammlung 450 000 Anteile von den 600 000 Anteilen auf seiner Seite hatte. Er blieb Direktor dank der Konzentration des Arbeiterkapitals und dank der Hilfe, die diesem Kapital aus sympathisierenden Kreisen zuwuchs. Dieser erste Erfolg der Straßenbahner von Philadelphia war der Ausgangspunkt für einen planmäßigen Aufkauf der Aktien der Gesellschaft durch die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftliche Organisation.

V.

Die Arbeiterbanken bringen die Gewerkschaften in ein neues Verhältnis zur Wirtschaft und zum allgemeinen Volkswohl. Sie schaffen nicht nur die Voraussetzung für eine Gemeinschaftsarbeit zwischen den Kräften der Produktion und des Konsums, sie geben auch den gewerkschaftlichen Kampfmitteln einen neuen, die Wirtschaft aufbauenden Charakter. Niemand, auch die treuesten Anhänger alter gewerkschaftlicher Kampfmittel werden es leugnen wollen, daß der Streik und die passive Resistenz, als Angriff oder Abwehr benutzt, der Wirtschaft und dem Volkswohl Wunden schlägt und solange schlagen muß, so lange die wirtschaftliche Macht einseitig die Macht Einzelner und nicht die der Volksgesamtheit fördert. Aber zehnmal größer ist das Unheil, das vom Privatkapital selbst ausgeht, und unter dem Schutz einer sanktionierten Wirtschafts-„Ordnung" immer nur sich selbst, aber niemals das Wohl des Volksganzen im Auge hat. Das Ziel der Arbeiterschaft muß darum auf den Bruch der Herrschaft des Privatkapitals eingestellt sein, und die Arbeiterbanken weisen den Weg, der, wenn auch nicht in 5, so doch in 10 oder 20 Jahren zu diesem Ziele führen kann.

Man wende diesem Gedankengang nicht ein, daß der amerikanische Arbeiter mit seinem vierfach höheren Lohn oder seiner zweifach höheren Kaufkraft dem Ziel näherstehe als der deutsche Arbeiter. Dieser Vergleich ist relativ und man kann ihm die bessere gewerkschaftliche Schule, den höheren Gemeinschaftsgeist des deutschen Arbeiters entgegenhalten. Der Wille ist eine reale Macht, und hat man erst erkannt, daß der Wille zur Macht auch auf dem Felde der kapitalistischen Beherrschung der Wirtschaft eingesetzt werden kann, dann wird auch der Erfolg der Arbeiterbankbewegung nicht ausbleiben.

Im Unterschied zu der amerikanischen Bewegung wird die deutsche keineswegs in den Fehler verfallen dürfen, jede einzelne Gewerkschaft zur Gründung einer eigenen Bank zu veranlassen. Obgleich der edle Wettbewerb in der Konzentration des Arbeiterkapitals unter den einzelnen Gewerkschaften Amerikas sicher viel zu dem raschen Aufblühen der Bewegung in Amerika beigetragen hat, wird es doch unser Bestreben sein müssen, alle gewerkschaftlichen Organisationen und Kräfte zur Förderung eines einzigen Unternehmens zu vereinigen, zumal das Arbeiterkapital ebensoviel Konsumenten- wie Produzenteninteressen zu vertreten hat.

Der Weg, den die Gewerkschaften aller Berufe mit der Gründung der jungen deutschen Arbeiterbank beschritten haben, ist an sich schon richtig. Die Frage ist nur, ob diese junge Bank mit den Mitteln, mit denen sie heute arbeitet, ihre gestellten Aufgaben mit Aussicht auf sichtbare Erfolge erfüllen kann. Jeder Wirtschafter wird

---

Vom Büchsenmeister zum Verbandskassierer.

Eine wesentliche Aufgabe zur Erhaltung der organisatorischen Kraft ist die Führung der gewerkschaftlichen Kassengeschäfte. Das gilt für die modernen Organisationen der Arbeiterschaft, wie es für die Organisationen der früheren Zeiten gegolten hat. Daß der Verbandskassierer einer modernen Organisation jedoch eine andere Aufgabe zu bewältigen hat als der Kassierer der Organisationen aus der ersten Geschichte der Organisationsbewegung und der heutige Apparat zur Erhaltung der finanziellen Kraft der Organisation mit der primitiven Regelung des Kassenwesens vergangener Zeiten nicht verglichen werden kann, ist natürlich. Aber auch die grundsätzliche Wesensverschiedenheit der modernen Gewerkschaftsorganisationen von den Organisationen aus der Zeit ihrer ersten Werdung kommt gerade im Kassenwesen klar zum Ausdruck. Die modernen Organisationen, zu denen sich die wirtschaftlich Abhängigen verbunden haben, sind Kampforganisationen. Sie erstreben die soziale und kulturelle Hebung der Lage der Arbeiterschaft. Sie suchen im Gegensatze zum Unternehmertum, das seine eigenen Klasseninteressen in einseitiger Entschiedenheit wahrt, die Lebensinteressen der Arbeiter zu vertreten, ob sie Kopf- oder Handarbeiter sind, und sie suchen damit die Entwicklung des sozialen Rechts herbeizuführen.

Solch ein Aufwärtsstreben zu sozialem Neuem kannten die Brüderschaften des Mittelalters, von denen wir etwas über das Kassenwesen wissen, nicht. Diese proletarischen Organisationen suchten nur von Fall zu Fall die Erhaltung des Bestehenden und hatten im übrigen die Aufgabe, die Mitglieder in Fällen der Not zu unterstützen, eine Aufgabe, die von den modernen Organisationen gewiß auch, doch nicht als das Wesentliche ihrer Existenz erfüllt wird.

Die älteste Notiz, die über das Kassenwesen dieser mittelalterlichen Brüderschaften berichtet, stammt aus dem Jahre [illegible]. Es wird von einem Büchsenmeister der Weberknechte gesprochen, der die Büchse (die Kasse) der Brüderschaft zu verwalten hatte. Die weiteren Nachrichten über das Kassenwesen der Brüderschaften stammen aus dem [illegible] Jahrhundert. Aus diesem Jahrhundert ist uns ein Statut [illegible] in besonderer Weise die Kassengeschäfte regelt und uns einen Einblick in die primitive Geschäftsführung und in den Unterschiedscharakter jener Organisationen gibt.

Der Büchsenmeister wurde nach diesen Artikeln jedes halbe Jahr gewählt. Wer die Wahl ablehnte, hatte ein halbes Pfund Wachs als Strafe zu zahlen. Er mußte die Wahl annehmen, wie sehr er sich auch sträubte, „doch vorbehaltlich der Zustimmung der Meisterschaft". Das Fehlen des Kampfcharakters kommt in dieser Bemerkung deutlich zum Ausdruck. Wie wurden die Beiträge nun vom Verbandskassierer erhoben? Der Büchsenmeister mußte aller 14 Tage herumgehen, den „Wochenpfennig" zu sammeln. Aber er sollte „bei der Gelegenheit nichts aus der Büchse verzehren". Wer dem Büchsenmeister 2 ₰ schuldig blieb, der mußte 2 ₰ Strafe zahlen. Außer dem üblichen Verbandsbeitrag mußte jeder zu Fronfasten 1 ₰ in die Verbandskasse zahlen. Wer neu in die Stadt zugezogen war, brauchte 14 Tage nicht zu zahlen. Dann aber begann seine Beitragszahlung, nachdem er zuvor „2 ₰ Stuhlfest" gegeben hatte. Wer dann Stuhlfest und Wochenbeitrag dem Büchsenmeister nicht gezahlt hatte, der durfte nicht länger in der Stadt arbeiten.

Bei ihrem Eide mußten die Büchsenmeister ihre Rechnung vor der Gesellenversammlung ablegen, bei ihrem Eide durften sie nicht mehr als einen Schilling aus der Büchse nehmen. Auch mußten sie beeiden, daß sie von jedem den Verbandsbeitrag gefordert hatten. Im ganzen Rechnungswesen gab es also nichts Schriftliches, was bei den kleinen Organisationen, deren Mitglieder sich kannten, auch leichter möglich war. Von diesem Verbandsgelde hatte der Büchsenmeister dann die kranken Gesellen zu unterstützen, die Spitalkosten aufzubringen und die Begräbniskosten zu tragen. „Wenn die Gesellen gegen die Meister vor Gericht gehen wollen", so heißt es ausdrücklich, „dann sollen sie die Kosten aus ihrem Säckel bestreiten und nicht aus der Brüderschaftsbüchse".

Dieser reine Unterstützungscharakter, dem der Kampfgedanke ausdrücklich genommen war, mußte mit der steigenden Proletarisierung, die schon im 15. Jahrhundert einsetzte, mehr und mehr den kämpferischen Aufgaben weichen. Je näher wir dem Ausgange des Mittelalters kommen, um so mehr nahm die städtische Handwerksindustrie an Bedeutung zu, um so mehr wuchs damit die Zahl der Arbeitskräfte. Zu Anfang des 15. Jahrhunderts machte die Zahl der Gesellen kaum ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus, aber ihre Zahl wuchs durch die Bedürfnisse der städtischen Industrie, durch Zuwachs von draußen recht bedeutend. Die Zahl derer, die beispielsweise aus einer Entfernung von über 20 Meilen nach Frankfurt gekommen waren, hatte sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts um 50 % gegen die erste Hälfte des Jahrhunderts vermehrt. In Hamburg hat es durch diesen Zuzug ums Jahr 1500 schon rund 20 % Arme in der Bevölkerung gegeben.

Diese zunehmende Proletarisierung ergab von selber die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Unternehmerinteressen und die Zunahme der kämpfenden Brüderschaften, deren Keime wir in den mittelalterlichen Trinkstuben finden, während die Unterstützungsbrüderschaften auf den Kirchenbesuch zurückzuführen sind.

Das Kassenwesen dieser Kampfbrüderschaften war natürlich auch primitiv, aber es hatte einen den Kirchenbrüderschaften entgegengesetzten Charakter. Darum wurden die Kirchenbrüderschaften von der Obrigkeit geduldet. Die Brüderschaften der Trinkstuben aber wurden von der Obrigkeit um so mehr bekämpft, je mehr die wirtschaftliche Entwicklung die Notwendigkeit des Kampfes zum Ausdruck brachte. Dort war der Büchsenmeister der Ausdruck der Harmonie, des Einfügens in die Wünsche des Unternehmers. Hier war die Kasse das Spiegelbild der widerstrebenden Interessen, von denen die Brüderschaften die Arbeiterinteressen zu wahren suchten, genau wie die Unternehmer einseitig ihre Interessen zu wahren bestrebt waren.

Es ist der Gegensatz der Arbeiterorganisationen, wie er sich auch bis heute erhalten hat. Dort der Gedanke der Anpassung, hier der Gedanke des wirtschaftlichen Kampfes um das Recht. Doch wie schon jene kleinen Organisationen vor einem halben Jahrtausend nicht existenzfähig waren, ohne die Tätigkeit ihres Büchsenmeisters, so sind erst recht die großen Arbeiterorganisationen unserer Tage in ihrer kämpferischen Leistungskraft abhängig von ihrer finanziellen Kraft, und je mehr sich drüben das Kapital zum Kampfe zusammenballt, eine um so bedeutungsvollere Rolle spielt in diesem weltgeschichtlichen Kampfe um Recht und Zukunft der finanzielle Untergrund. Die Verbandsbeiträge sind damit die Fasern zur starken Wurzel, aus der sich der Sieg recken kann.

diese Frage verneinen müssen. Abgesehen davon, daß die Arbeiterbank mit einer einzigen Geschäftsstelle in Berlin das Arbeiterkapital in Deutschland niemals erfassen und konzentrieren kann, muß ihr ein verstärktes Betriebskapital zugeführt werden, das ihr — progressiv wachsend — aus den gewerkschaftlichen Vermögensbeständen selbst zuwachsen muß. Die Arbeiterbank ist ein neues gewerkschaftliches Kampfmittel. Ebenso wie die Gewerkschaften laufende Beiträge für Arbeitskämpfe und Unterstützungen erheben, so sollten sie auch — wie das der Baugewerksbund bereits getan hat — zur planvollen Bekämpfung und Ueberwindung des Privatkapitals einen ein für allemal beschlossenen Prozentsatz ihrer Beiträge als dauernd kämpfendes gemeinwirtschaftliches Kapital der Arbeiterbank zum weiteren Ausbau der Bewegung zuführen. 5 % der laufenden Beiträge zur Förderung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft würden der Arbeiterbank jährlich etwa 15 Millionen Mark neues Stammkapital zuführen und sie in wenigen Jahren zu einer führenden Großmachtstellung bringen, wenn neben dem Stammkapital auch das Sparkapital und das Versicherungskapital der Arbeiterschaft zur Steigerung der wirtschaftlichen Macht der Gewerkschaften planmäßig konzentriert wird.

Der Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf seiner diesjährigen Tagung Gelegenheit, zu der Einführung eines allgemeinen Beitrages, zur Stärkung der gewerkschaftlichen Macht Stellung zu nehmen. Er sollte nicht erst wieder 3 Jahre ins Land gehen lassen, ohne den Beschluß gefaßt zu haben, die eigene Kapitalkraft der Gewerkschaften und der Arbeiter selbst als ein ebenso bedeutsames Kampfmittel anzuerkennen wie die beste gewerkschaftliche Organisation und den bestgeführten Abwehr- oder Angriffstreik.

Tiefgreifende Aenderungen in der Organisation und in den Kampfmethoden der privaten Wirtschaft haben sich vor dem Kriege vorbereitet und nach dem Kriege vollzogen. Aber, so sagt R. Boeckel in seinem Buche: „Labour's Money", in der Organisation und in den Kampfmethoden der Gewerkschaften ist eine entsprechende Aenderung nicht eingetreten. Die Neuorientierung der gewerkschaftlichen Kampfmittel darf aber nicht ausbleiben, wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Machtfaktor im Wirtschaftskampfe bleiben und letzte Ziele verfolgen will.

Bauarbeiterkampf und Unternehmerpresse.

Die Presse des Unternehmertums und ihr Anhang ist in den letzten Wochen in einige Aufregung geraten. Das ist erklärlich, denn nachdem die Unternehmer durch ihre starre Prestigepolitik erreicht haben, daß im Reiche etwa 120 000 Bauarbeiter feiern, fällt ihrer Presse die Aufgabe zu, der Oeffentlichkeit zu beweisen, daß die Schuld an diesen umfangreichen Wirtschaftskämpfen bei den Bauarbeitern liegt. Der in Hamburg erscheinenden „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" mit dem stolzen Untertitel „Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber" haben es besonders die Führer des Baugewerksbundes angetan. Daß diese die „Konjunktur" im Baugewerbe nach ihren eigenen wirtschaftlichen Auffassungen ausnutzen, erregt den Zorn der unternehmerlichen Zeitungsschreiber. Aber durch diese Entrüstung brauchen sich die Führer des Baugewerksbundes nicht gekränkt zu fühlen. Im Gegenteil, sie würden die berechtigte Entrüstung der Bauarbeiter erregen, wenn sie etwa ihre Maßnahmen nach den wirtschaftlichen Auffassungen der Unternehmer einrichten wollten, wonach zur Wirtschaft nur die Unternehmer gehören, während die Arbeiter nur Gebrauchsobjekte sind, die man leider nicht entbehren kann. Also insoweit ist alles in Ordnung. Wir nehmen die wahrheitsgemäße Feststellung, daß die Führer des Baugewerksbundes ihre Maßnahmen nach ihren eigenen wirtschaftlichen Auffassungen und nicht nach denen der Unternehmer treffen, dankbar zur Kenntnis. Aber die allzeit gefälligen Soldschreiber der Unternehmer wissen auch, daß sie mit solchen Feststellungen ihren Zweck nicht erreichen, also müssen sie Dinge feststellen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Deshalb schreibt der Leitartikler der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" sinngemäß, die Träger des Klassenkampfes — womit wieder die Führer des Baugewerksbundes gemeint sind — zögen aus der Wirtschaftslage den Schluß: „Geld ist da, Arbeit ist da, also wird gestreikt." Das ist ein Satz, so recht geeignet, die Führer des Baugewerksbundes der Verurteilung durch die öffentliche Meinung zu überantworten, und das ist der Zweck dieser Schreibübungen. Daß dieser Satz nicht stimmt, darauf kommt es nicht an. Der Artikelschreiber verläßt sich darauf, daß für die Oeffentlichkeit Streik und Aussperrung einander so ähnlich sind, wie ein Ei dem andern, und auf diese Weise der „Irrtum" nicht bemerkt wird. Um so mehr Veranlassung haben wir, die Oeffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß von den 120 000 im Kampfe stehenden Bauarbeitern nur die Berliner Bauarbeiter im Streik stehen. Nach den Angaben der „Arbeitgeber-Zeitung" sind das 25 000. Die übrigen 95 000 streiken nicht, sie sind von den Unternehmern ausgesperrt. Der oben zitierte Satz müßte also wahrheitsgemäß heißen: Geld ist da, Arbeit ist da, aber wehe den Bauarbeitern, wenn sie menschenwürdige und vertraglich gesicherte Arbeitsbedingungen verlangen und durch höhere Löhne den Profit des Unternehmertums schmälern wollen. Dann werden sie ohne Rücksicht auf den Fehlbetrag von 60 000 und den jährlichen Neubedarf von 150 000 Wohnungen wochenlang ausgesperrt!

Die in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" gegen die Führer des Baugewerksbundes erhobenen Vorwürfe sind also an die falsche Adresse gerichtet; zuständig sind dafür die Führer der baugewerblichen Unternehmerverbände.

Auf die Frage, wie es zu diesem Riesenausstand gekommen ist, weist das genannte Unternehmerblatt ganz richtig darauf hin, daß der Reichstarifvertrag im Baugewerbe schon seit dem Frühjahr 1924 nicht mehr erneuert worden ist. Wenn die Unternehmer nicht mit einer Hartnäckigkeit sondergleichen auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen versessen gewesen wären, könnten wir längst einen Reichstarifvertrag haben und es wären in diesem wie schon im vorigen Jahre manche umfangreiche Kämpfe vermieden worden. In erster Linie sind es die Zehnstundentaggelüste der Unternehmer, woran bisher alle Verständigungsversuche gescheitert sind. Wenn die Unternehmer aus den jetzigen Kämpfen die Lehre ziehen sollten, daß es für die Bauwirtschaft besser gewesen wäre, durch eine vertragliche Sicherung des Achtstundentages und einiger anderer sozialer Angelegenheiten einen dauerhaften Frieden im Baugewerbe zu gewährleisten, dann haben die jetzigen Kämpfe schon ein gutes gewirkt. Denn das sei den Unternehmern auch an dieser Stelle noch einmal gesagt: den Achtstundentag läßt sich die Bauarbeiterschaft nicht mehr rauben! Wenn die Unternehmer nicht jede örtliche Differenz als Anlaß zu Massenaussperrungen nehmen, kann die Bauarbeiterschaft in achtstündiger Arbeitszeit mehr Häuser bauen, als mit dem jetzt vorhandenen Kapital erbaut werden können. Auf den etwaigen Einwand, mit dem vorhandenen Kapital könnten mehr Wohnungen gebaut werden, wenn nicht die Bauarbeiter durch ihre Lohnforderungen die Baukosten in die Höhe trieben, bringt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" selbst den Gegenbeweis. Sie hat nämlich an einigen Beispielen festgestellt, daß die Bauarbeiterlöhne bis zu 70 % über dem Vorkriegslohn stehen und weist zum Schluß des Artikels darauf hin, daß das Bauen zur Zeit fast doppelt so teuer sei als vor dem Kriege. Also auch hier zeigt sich, daß die Verteuerung der übrigen Kostenbestandteile größer sein muß, als die Verteuerung der Arbeitslöhne. Es kommt also darauf an, in erster Linie die Materialpreise, Kapitalzinsen und Unternehmerprofite herabzusetzen; denn diese machen den größeren Teil der Baukosten aus und sind stärker gestiegen als die Arbeitslöhne. Solange die „Führer der Wirtschaft" keine Maßnahmen in dieser Richtung treffen, können sie auch von der Arbeiterschaft nicht ernstlich verlangen, auf eine Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen zu verzichten. Daran ändert auch das heuchlerische Getue der Unternehmerblätter nichts.

Wer fordert den Brotzoll?
Die Junker und die Großlandwirte.
Wer bekämpft den Brotzoll?
Die besten Vertreter der Landwirtschaftslehre.
Wem nützt der Brotzoll?
Nur den wenigen Großlandwirten.
Wem schadet der Brotzoll?
Den Kleinbauern, den Exportindustriellen, den Arbeitern, den Angestellten, den Beamten, also der weit überwiegenden Mehrheit des Volkes!

Eine Entgegnung der Gewerkschaften.

Die Unternehmerverbände hatten im Mai an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die nicht geringes Aufsehen verursachte. Sie klang in nicht mißzuverstehender Weise in die Forderung aus, die Reichsregierung habe sich rückhaltlos auf die Seite der Unternehmer zu stellen. Ueberdies enthielt die Denkschrift Feststellungen wirtschaftlicher Art, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmten. Die gesamte Oeffentlichkeit sollte durch diese einseitigen Feststellungen zugunsten der Unternehmer beeinflußt werden. Diese Denkschrift war nur ein Glied in der Kette eines groß angelegten Feldzuges, der sich gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten richtete.

Die Gewerkschaften konnten dazu nicht schweigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm bereits in seiner Sitzung vom 12. Juni zu der Denkschrift Stellung und brachte in einer scharfen, auch im „Grundstein" abgedruckten Entschließung die Meinung der freien Gewerkschaften zum Ausdruck. Doch konnte es damit nicht sein Bewenden haben. Es mußte ein gemeinsamer Schritt bei denselben Stellen unternommen werden, an die sich die Unternehmer gewendet hatten. Und so entstand denn eine Denkschrift der Gewerkschaften aller Richtungen, die am 7. Juli der Reichsregierung überreicht wurde.

In dieser Gegendenkschrift wird zu der „vertraulich" überreichten Denkschrift der Unternehmerverbände Stellung genommen, schief vorgebrachtes Material wird richtiggestellt, unberechtigte Vorwürfe gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zurückgewiesen. So ist ein Memorandum entstanden, das als Programmschrift der Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften für die Gegenwart bezeichnet werden kann.

Dem unberechtigten Vorwurf der Unternehmerverbände, die deutschen Gewerkschaften seien von internationalen Einflüssen abhängig, wird die Tatsache gegenübergestellt, daß die „Tiefhaltung oder gar weitere Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft durch Lohndruck und lange Arbeitszeit automatisch die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter in den Wettbewerbsländern nach sich ziehe. Es wird nachgewiesen, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau nicht über dem deutschen liegt, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensrealstand stattgefunden hat." Dabei wird vor allem auf das außerordentlich wichtige Material hingewiesen, das Professor Dr. Paul Hermberg in der Monatsschrift des ADGB. „Die Arbeit" der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Die Denkschrift geht ferner auf die Behauptung der Unternehmer ein, die Produktion und der Güterumsatz betrage nur 70 % der Vorkriegszeit, die Arbeitslöhne dagegen seien um 60 bis 100 % gegenüber denen des Vorkriegsstandes gestiegen. Die Einnahmen der Reichsbahn, der Gold- und Devisenbestand der Notenbanken, der Abrechnungsverkehr der Reichsbank, der Postscheckverkehr und vieles andere deuten demgegenüber darauf hin, daß der Wirtschaftsbarometer der Gegenwart dem der Vorkriegszeit nicht viel nachsteht.

Die Behauptung, das erhöhte Lohnniveau verhüte eine Preissenkung, wird in treffender Weise zurückgewiesen. Feste Löhne können nicht auf lange Sicht abgeschlossen werden, solange mit einer sich aus andern Gründen ergebenden Preissteigerung gerechnet werden muß. Die Unsicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen kann bei dem geringen Anteil, den der Lohn insgesamt und daher seine Schwankungen insbesondere am Produkt haben, im wesentlichen nicht auf das Konto des Lohnes gebucht werden. Vielmehr seien es fehlerhafte Inflationsgewohnheiten und die Ueberspannung des Zwischen- und Einzelhandels, wodurch die Unsicherheit hervorgerufen werde.

Eine besondere Zielscheibe der Angriffe in der Denkschrift der Unternehmer waren die Schlichtungsinstanzen und die sogenannten Zwangstarife. Die Anrempelung der Schlichter entsprange einer verletzten maßlosen Autokratie. Die Gewerkschaften hätten keinen Grund, mit der Lohnpolitik der Schlichter sonderlich zufrieden zu sein. Aber die Unternehmer suchen das gesetzliche System zu diskreditieren, weil es eine Beschränkung ihrer Willkür bedeutet.

Scharf ins Gericht geht die Denkschrift mit den Praktiken der Unternehmer in der Inflationszeit. Die verlockenden Möglichkeiten des Schleuderexports, die verderbliche Sucht, Sachwerte zu sammeln, die vertikale und horizontale Konzentration und wie dergleichen Dinge mehr sind, wurden angewandt, um eine persönliche Bereicherung herbeizuführen. Statt dessen wurde die organische Weiterentwicklung und die Durchorganisierung der Betriebe vernachlässigt. Das Ausland erhielt dadurch einen nicht geringen Vorsprung in der Konkurrenzfähigkeit. Und weil die Kapitalien und Kredite nicht zur Intensivierung der Produktion verwandt wurden, ist die von den Unternehmern versprochene Preissenkung nicht durchgeführt worden. Der Preisstandard erfuhr auch keine Veränderung, obwohl die Kohlenpreise niedrig gehalten, die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität, die Umsatzsteuer usw. ermäßigt wurden.

Nachdem dann noch die Probleme der Wirtschaft und der Sozialpolitik in aller Gründlichkeit beleuchtet, kommt die Denkschrift zu folgenden Schlußfolgerungen: „Die Gewerkschaften sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle erdenklichen Opfer auf sich genommen hat, preiszugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dieses Wohl schirmen und schützen und das Los der Arbeiterschaft zu bessern suchen, weil sie gewiß sind, ihrem Volk damit den größten Dienst zu erweisen."

Es war notwendig, den Unternehmern mit aller Schärfe und Deutlichkeit entgegenzutreten. In dieser Denkschrift ist das gründlich geschehen. Sie sollte deshalb auch von den Arbeitern, Angestellten und Beamten eifrig studiert werden.

Hausbesitzerschutz statt Mieterschutz.

Der Steuerausschuß des Reichstages hat sich am 11. Juli mit der Hauszinssteuer beschäftigt und dabei einen Beschluß gefaßt, der sich sehr bald in den Familienhaushalten der breiten Volksschichten äußerst unangenehm bemerkbar machen wird. Die Hauszinssteuer soll nach diesem Beschluß den Ländern zur bindenden Vorschrift gemacht werden und zum Schutz des Hausbesitzers, der praktisch an die Stelle des bisherigen Mieterschutzes treten wird, soll von Reichswegen festgesetzt werden, daß in allen Landen spätestens bis zum 1. April 1926 die Friedensmiete erreicht sein muß. Damit ist eine untere Grenze für die Mietpreisbildung gezogen, jedoch keine obere. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und die von ihr gebildete nationalistische Regierung haben also in diesem Falle ihre „Schuldigkeit" getan. Die Wünsche der Hausbesitzer werden in weitestem Maße in Erfüllung gehen. Es wird nicht bis zum 1. April 1926 dauern, bis zur Erreichung der vollen Friedensmiete, denn das ist ja nur der späteste Termin, an dem sie erreicht sein muß. Ueberall dort, wo die Hausbesitzereinflüsse in den Länderregierungen stark genug sind, wird die volle Friedensmiete schon früher erreicht sein. Als Bestätigung dieser Auffassung liegt schon aus dem Württemberg des deutschnationalen Staatspräsidenten Bazille die Nachricht vor, daß dort auf Anordnung der Regierung bereits vom 1. Oktober 1925 an die volle Friedensmiete erhoben werden soll. Am 1. April 1926 werden dann auch die Wohnungsmieten in Württemberg schon ein erhebliches Stück über die Vorkriegssätze hinaus sein; und damit die auf solche Weise regierten Länder in ihrem Drang nach oben nicht allein bleiben, soll die Reichsregierung nach dem Beschluß des Ausschusses immer einheitliche Mindestmieten für alle Länder festsetzen. Nach dem 1. April 1925 wird also die Reichsregierung jedenfalls dafür sorgen, daß sich nicht etwa ein nach sozialen Gesichtspunkten regiertes Land mit der zwangsmäßig erreichten Friedensmiete begnügt. Denn ein Antrag unseres Kollegen Silberschmidt, daß die gesetzliche Miete auch nach dem 1. April 1926 die Friedensmiete nicht übersteigen dürfe, fand nur die Zustimmung der sozialdemokratischen und demokratischen Ausschußmitglieder. Die Regierungsparteien lehnten den Antrag ab. Daraus darf man wohl Schlüsse auf die späteren Absichten der Regierung ziehen.

Die Hauptursache dieser Mietenerhöhungen ist darin zu suchen, daß 20 bis 30 % der Vorkriegsmiete mit Hilfe der Hauszinssteuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder herangezogen werden sollen. Eine Steuer, mit der sich das deutsche Volk unter dem Druck der höchsten Not des Staates trotz ihrer Ungerechtigkeit abgefunden hatte, wird damit verewigt. Eine Regierung mit nur etwas sozialem Empfinden würde diese brutale Steuer sobald als möglich beseitigt haben. Die Vertrauensleute der Großkapitalisten, die jetzt die Regierung bilden, verstärken diese Steuer, ohne Rücksicht darauf — oder gerade deshalb, weil die Aermsten der Armen, die kinderreichen Familien, die eine Wohnung haben müssen, so groß, als sie sie unter Hintansetzung der übrigen Lebensbedürfnisse nur irgend bezahlen können, am

stärksten und am härtesten getroffen werden. Für die Zwecke der Wohnungsbautätigkeit sollen dagegen aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer nur 15 bis 20 % der Vorkriegsmiete verwendet werden, und zwar zunächst nur für die Zeit vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1928. Die Reichsregierung geht wohl von der Auffassung aus, daß die Hausagrarier bis dahin mit Hilfe dieser Gesetzesmacherei genügend Kapital aus den Massen der Mieter herausgepreßt haben, um den Wohnungsbau wieder aus eigener Kraft finanzieren zu können.

Diese Pläne zur Gestaltung der Wohnungsmieten sind zwar erst im Steuerausschuß des Reichstages festgelegt. Sie haben noch das Plenum des Reichstages zu passieren, um Gesetzeskraft zu erlangen. Die Sozialdemokratische Partei hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die diese beschleunigte Entwicklung zur unverhüllten freien Wohnungswirtschaft hemmen sollen. Aber nützen werden diese Anträge wohl nichts. Die Regierungsparteien haben im Einvernehmen mit dem Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine die Pläne zur Ausbeutung der Mieter und zur Aufrichtung der Herrschaft der Grund- und Hausbesitzer vereinbart und sie werden diese Pläne zur Durchführung bringen, nachdem ihnen das Volk bei der letzten Wahl die Macht dazu gegeben hat.

Der Arbeiterschaft bleibt dann nichts anderes übrig, als sich auf diese neue Belastung einzurichten. Sie muß ihre Kräfte sammeln, um in erhöhten Löhnen einen Ausgleich für diese Belastung zu finden. Es muß hier auch daran erinnert werden, daß das Mieterschutzgesetz am 30. Juni 1926 ebenfalls abläuft. Dieses Gesetz bietet heute den Mietern insofern einen Schutz, daß bei einer Unmöglichkeit der Mietezahlung der Mieter noch immer nicht hinausgeworfen werden kann. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die jetzige Reichstagsmehrheit das Mieterschutzgesetz verlängert. Wer nach Ablauf des Mieterschutzgesetzes die im freien Spiel der Kräfte sich bildenden hohen Mieten nicht zahlen kann, wird erbarmungslos auf die Straße geworfen werden. Wohnraum darf nur der haben, der ihn zahlen kann, das ist die Parole, die den Plänen der Regierungsparteien und der Hausagrarier zugrunde liegt. Um so mehr Veranlassung hat die Arbeiterschaft, für genügende Zahlungsfähigkeit durch entsprechende Gestaltung des Arbeitseinkommens zu sorgen. Dafür wird allerdings weder bei der Regierung noch bei den Unternehmern Verständnis vorhanden sein. Der Vertreter der Hausbesitzer, der preußische Landtagsabgeordnete Ladendorf, hat offen ausgesprochen: „Es könne nicht die Sorge der Hausbesitzer sein, wie die Mieter die Miete aufbringen könnten." Wenn wir uns dieses Argument zu eigen machen, indem wir sagen: Es kann nicht unsere Sorge sein, wie die Unternehmer die höheren Löhne aufbringen können, dann wird sich ein Geschrei erheben über die Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaften. Darauf werden wir keine Rücksicht nehmen können. Die Wohnungswirtschaftspläne der Regierung machen neue Wirtschaftskämpfe unvermeidlich. Richten wir uns also darauf ein, indem wir jeden Mann der Gewerkschaft zuführen und auch sonst in jeder Weise die Gewerkschaften für die unvermeidlichen Kämpfe stärken!

Haben die deutschen Bauarbeiter hohe Löhne?

Als im Mai dieses Jahres zwischen den Arbeiter- und den Unternehmerorganisationen des Baugewerbes für Rheinland-Westfalen in freien Verhandlungen eine Lohnerhöhung vereinbart war, fühlten sich bekanntlich die Unternehmer des Bergbaues und der Schwereisenindustrie verpflichtet, im Interesse der „Wirtschaft" ihre Bauten stillzulegen, weil einmal schon die Bauarbeiterlöhne für die Industrie untragbar sein sollten und weil zum andern eine Erhöhung der Bauarbeiterlöhne auch eine Lohnerhöhung für die Industriearbeiter nach sich ziehen würde. Das würde dann die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zur Folge haben.

Wie heuchlerisch und verlogen diese Gründe waren, zeigen einige Zahlen, die aus der letzten Vierteljahresstatistik vom Verband der Metallindustriellen eines süddeutschen Bezirks vertraulich an seine Mitglieder bekanntgegeben worden sind, einer Quelle also, von der gewiß nicht gesagt werden kann, daß sie ihre Berichte zugunsten der Arbeiterschaft frisiert. Nach den eigenen Angaben dieser Kapitalistengruppe wurden beispielsweise in Deutschland und Dänemark folgende, bis um weit über 100 % differierende Stundenlöhne für die gleichen Erwerbsgruppen beider Länder gezahlt:

	In Dänemark	In Deutschland
Maurer	269 Oere	94 Oere
Zimmerleute	234 „	111 „
Metallindustrie	190 „	75 „
Tischler	170—173 „	94 „
Chemische Industrie	145—166 „	70 „
Schuhindustrie	179 „	80 „
Buchdrucker	185—209 „	109 „
Herrenschneider	168 „	95 „
Maurer-Hilfsarbeiter	208 „	94 „
Maler	200 „	109 „
Lederindustrie	216 „	89 „
Textilindustrie	140 „	78 „
Bäcker	180 „	100 „

Diese Zahlen zeigen, daß die Unterschiede zwischen den Löhnen der einzelnen Arbeitergruppen in Dänemark und in Deutschland gerade bei den Maurern weitaus am größten sind. Der Lohn eines dänischen Maurers beträgt das 2,86fache des deutschen Maurerlohnes. Daß die Vergleichszahlen in einer Reihe anderer Länder ähnlich so sind, ist bekannt. Und da sollten gerade die Maurerlöhne die Exportfähigkeit der deutschen Industrie gefährden? wie die rheinisch-westfälischen Großindustriellen behaupten und die übrigen, einschließlich der Bauunternehmer, gehorsam nachbeten? Aber auch die Löhne der andern Arbeitergruppen vertragen durchaus eine Erhöhung, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Wenn sie trotzdem gefährdet ist, dann liegen die Gründe bei den Unternehmern und ihren Organisationen selbst. Trotzdem behaupten sie fortwährend, daß sie die Belastungen, die die Betriebe durch die „fortgesetzten Lohnerhöhungen" erleiden, nur noch die kürzeste Zeit würden aushalten können und suchen die maßgebenden Stellen durch die Drohung mit der Stillegung der Werke zur Fällung von Schiedssprüchen zu veranlassen, die den Bedürfnissen der arbeitenden Klasse in keiner Weise entsprechen. Nach ihrer Angabe liegt die Sache so: Nur wenn die Arbeiter und Angestellten der schlechten wirtschaftlichen Lage ihrer Unternehmer Rechnung tragen und sich möglichst den Riemen noch enger schnallen würden, wird es den schwer ringenden Unternehmern möglich sein, ihre Betriebe offen zu halten. Damit wird etwa zum Ausdruck gebracht, daß in der Hauptsache der Unverstand der Arbeiterschaft die Krise, in der sich die Unternehmungen befinden, verschuldet haben soll.

Wer genauer hinsieht, und das dürfte vor allen Dingen von den Herren in den Schlichtungsausschüssen verlangt werden, wird allerdings das Fadenscheinige dieser Hypothese sehr bald herausgefunden haben. Nicht bei den von ihnen Beschäftigten sollen die Industriellen die Ursache ihrer teilweise wirklich schlechten Geschäftslage suchen, sondern bei sich selbst. Nicht die berechtigten Ansprüche ihrer Werksleute, die ja nicht einmal erfüllt werden, drohen ihnen die Kehle zuzuschnüren, sondern ganz etwas anderes. Die Vertrustung der gesamten deutschen Industrie, die besonders in den letzten Kriegs- und Nachkriegsjahren immer mehr und mehr in Erscheinung getreten ist, muß als eine der Hauptursachen der zunehmenden Wirtschaftsmisere bezeichnet werden. Die von all den vielen Kartellen und Syndikaten vorgenommene Knebelung des freien Wettbewerbes beziehungsweise der Zwang, der ihrerseits auf die einzelnen Werke hinsichtlich der Preisgestaltung ausgeübt wird, rauben der deutschen Industrie die Möglichkeit, ihre Preise so zu stellen, daß sie im Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt. Wenn es trotzdem noch gelingt, größere Geschäfte mit dem Auslande abzuschließen, so geschieht dies eben nur auf Grund der überaus schlechten Löhne, die hier in Deutschland gezahlt werden. Mit andern Worten: Auf Kosten der Arbeiter wird der Ausgleich geschaffen für die Sünden der Kartelle und für die Milliardenbeträge, die von ihnen den Unternehmungen nach und nach durch zu hoch angesetzte Grundpreise für Rohmaterialien zugunsten einiger weniger Herrscher im Reiche der deutschen Industrie entzogen werden.

„Ein Schritt vorwärts zum Bauarbeitereinheitsverband."

Unter dieser Stichmarke berichten kommunistische Blätter, eine Delegation von Mitgliedern des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter sei nach vorheriger Verständigung mit dem Zentralvorstand dieses Verbandes zum Hauptvorstand des Baugewerksbundes entsandt worden, um mit ihm über die Bildung von gemeinsamen Streikleitungen und darüber hinaus über die endgültige Verschmelzung des Verbandes der Ausgeschlossenen mit dem Baugewerksbund zu verhandeln. Die Delegation sei am 17. Juli von den „beiden Vorsitzenden" des Baugewerksbundes, Paeplow und Töpfer empfangen worden; es habe eine 1½stündige Aussprache stattgefunden auf der Grundlage nachstehender Richtlinien:

1. Der V. d. a. B. ist bereit, sofort mit allen Mitgliedern und allem Vermögen zum BGB. überzutreten.
2. Die Verschmelzung soll nicht abhängig gemacht werden von der Uebernahme der Angestellten.
3. Zur Durchführung der technischen Ueberführung wird eine gemeinsame Kommission eingesetzt.
4. Während der Periode der Ueberführung werden gemeinsame Streikleitungen in den Orten gebildet, wo Mitglieder beider Verbände vorhanden sind. Die Zusammensetzung kann eine paritätische oder proportionelle sein.
5. Bis zum Abschluß der Verschmelzung zahlt der V. d. a. B. dieselben Streikunterstützungen wie der BGB.
6. Die Verschmelzungsverhandlungen sollen im Geiste größter Kameradschaftlichkeit geführt und schnell gefördert werden.
7. Den Kämpfenden sowie der gesamten Bauarbeiterschaft ist sofort von der Verschmelzung Kenntnis zu geben, um ihren Kampfwillen zu steigern und den Unternehmern den einheitlichen Kampfwillen zu zeigen.
8. Die Bedingungen der Verschmelzung sind sofort dem V. d. a. B. zu übermitteln, damit sie dieser umgehend beraten und ratifizieren kann. Zugleich ist der V. d. a. B. bereit, noch zwei bevollmächtigte Kollegen zu entsenden.

Es wird dann weiter berichtet, Paeplow und Töpfer hätten zwar nicht sofort zugestimmt, „sie konnten sich aber unter dem Druck des gewaltigen Kampfes im Baugewerbe der Notwendigkeit der Bildung gemeinsamer Kampfleitungen wie auch der Herbeiführung einer endgültigen Verschmelzung nicht verschließen". Paeplow habe sich bereiterklärt, den Vorschlag dem gesamten Bundesvorstand zur Beschlußfassung vorzulegen; ferner solle der am 27. Juli tagende Bundesbeirat in einem besonderen Tagesordnungspunkt zu der Sache Stellung nehmen.

Die ganze Aufmachung dieser Berichterstattung ist geeignet, nur erneutes Mißtrauen über die Ehrlichkeit dieser Einigungsbestrebungen zu erregen. Schon die Wendung macht stutzig, Paeplow und Töpfer hätten sich diesem und jenem „nicht verschließen" können. In Wirklichkeit liegt es doch so, daß die Mitglieder des Ausgeschlossenenverbandes bei unsern Kämpfen eine Minderheit ohne jeden besonderen Einfluß darstellen. An der ganzen Geschichte ist soviel wahr, daß allerdings am 17. Juli je ein Vertreter der „Ausgeschlossenen" aus Leipzig, Chemnitz und Halle unter Führung des Berliners Försterling in Hamburg waren und mit Paeplow und Töpfer in der bewußten Angelegenheit gesprochen haben. Dabei haben unsere Kollegen dieser Delegation manche Wahrheit gesagt und zum Schluß erklärt, daß die Entscheidung selbstverständlich nicht bei ihnen, sondern beim Gesamtvorstande und Beirat des Bundes liege. Diesen Körperschaften würden sie die Anträge der Deputation unterbreiten.

Am 22. Juli ist nun im Bundesvorstand darüber berichtet worden; dieser hat beschlossen, die Angelegenheit am 27. Juli dem Bundesbeirat zu unterbreiten. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß im Bundesvorstand an dem ehrlichen, uneigennützigen Willen der sogenannten Ausgeschlossenen zur Einheitstaktik und Einheitsorganisation berechtigte Zweifel herrschen. Zur ersteren geben die letzten Vorgänge an der Berliner Bauhütte, wodurch man gegen unsere Bundestagsbeschlüsse verstoßen hat, eine treffende Illustration, und im Punkt Einheitsorganisation bestehen ebenfalls berechtigte Zweifel. Dort drüben wird gegen unsern Bund immer noch dieselbe Sprache geredet; man lese nur das Ausgeschlossenenblatt vom 18. Juli. Dort wird erzählt vom „Oberspalter" Töpfer, vom „Kommunistenfresser" Bernhard, die Paeplowleute gingen mit den Christen durch dick und dünn, die Bureaukraten des Baugewerksbundes wollten nur den Kampf abwürgen; in verlogenster und gehässigster Weise wird berichtet über eine Einigungsverhandlung in Solingen und anderes mehr. Mehrfach wird erklärt, dieser Kampf der Bauarbeiter sei ein politischer Kampf, obwohl er in Wirklichkeit nur um Lohnerhöhungen und soziale Vergünstigungen geführt wird. Das alles muß bedenklich stimmen. Hält man dazu die Ausführungen Thälmanns auf dem verflossenen Kommunistenkongreß, man müsse jetzt erst recht und mehr denn sonst in den freien Gewerkschaften die Zellenbildung betreiben, so fragt man sich: Wozu da diese Einigungsbestrebungen? Die Kommunistische Partei leidet in ihren Reihen keinerlei Zellen. Das, was ihr recht ist, muß den Gewerkschaften billig sein. Will man zu uns, um dann desto vergnügsamer und erfolgreicher die Zellenbildung betreiben zu können? Wollt Ihr nicht zu uns aus dem Grunde, um mit allen Mitteln den Baugewerksbund dem Bolschewismus dienstbar und lehnspflichtig zu machen? Wollt Ihr wirklich in allerehrlichster Absicht und ohne jeden Hintergedanken unsere Mitglieder sein, als solche nur dem Baugewerksbund dienen, keine Zellen bilden, seine Satzungen in allen Teilen hochhalten, Euch stets Mehrheitsbeschlüssen fügen, die Führer des Bundes achten als die vom Bundestag Eingesetzten zur Durchführung seines unzweideutigen Willens?

Keiner sähe lieber die Einheitsfront aller baugewerblichen Arbeiter als gerade der Bundesvorstand. Aber liegen hier nicht Fragen vor, die in bezug auf diese Einheitsfront berechtigte Zweifel auslösen?

Doch warten wir ab. Das Wort hat jetzt der Bundesbeirat.

Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung beträgt die am 16. Juni 1925 ermittelte ortsanwesende Bevölkerung des Deutschen Reiches (jedoch ohne Saargebiet) 62½ Millionen. Rechnet man auch noch das Saargebiet, in dem wegen der vorübergehenden Lostrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, mit seinen rund 750 000 Einwohnern hinzu, so beziffert sich die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches heutigen Umfanges (einschließlich Saargebiet) auf 63¼ Millionen Einwohner. Das ist etwa die gleiche Einwohnerzahl, die das Deutsche Reich früheren Umfanges bereits Ende 1908 aufzuweisen hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte das Deutsche Reich 68 Millionen Einwohner. Infolge Gebietsabtretungen hat Deutschland annähernd 7 Millionen Menschen verloren, durch den Krieg selbst an Gefallenen rund 2 Millionen, an Blockadeopfern ¾ Millionen, und durch den Kriegsgeburtenausfall rund 3 Millionen. Ohne den Krieg und die Kriegsfolgen würde das Deutsche Reich bei normaler Weiterentwicklung innerhalb seiner alten Grenzen heute gegen 75 Millionen Einwohner haben.

Für das Reich innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) ergibt sich nach der Zählung vom 16. Juni 1925 gegenüber der Zählung vom 8. Oktober 1919 eine Zunahme der Bevölkerung um rund 3,3 Millionen, oder 5,6 vom Hundert. Im vorhergehenden Zählungszeitraum 1910/1919 betrug infolge des Krieges die Zunahme der Bevölkerung im heutigen Reichsgebiet lediglich 1,4 Millionen oder 2,4 vom Hundert. Gegenüber der letzten Vorkriegszählung (1. Dezember 1910) hat sonach die Zählung vom 16. Juni 1925 innerhalb des heutigen Reichsgebietes eine Zunahme von rund 4,7 Millionen = 8,1 vom Hundert ergeben. Auf dem heutigen Reichsgebiet (jedoch ohne Saargebiet) wurden gezählt:

	Einwohner insgesamt	davon männlich	davon weiblich
1925 (16. 6.)	62 468 762	30 168 033	32 300 729
1919 (2. 10.)	59 178 185	28 171 980	31 006 205
1910 (1. 12.)	57 798 369	28 489 817	29 308 552

Auf 1 qkm Fläche treffen durchschnittlich Einwohner nach der Zählung von 1925 132,9, 1919 126,9, 1910 122,9.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Geschlecht hat durch den Krieg wesentliche Verschiebungen erfahren. Während vor dem Kriege (1910) auf 1000 männliche rund 1029 weibliche Einwohner trafen, wurden 1919 auf 1000 männliche 1101 weibliche Einwohner festgestellt. Die neue Zählung weist zwar ebenfalls noch einen starken Frauenüberschuß (1000 zu 1071) auf, läßt aber doch (im ganzen gerechnet), das heißt ohne Rücksicht auf die Altersgliederung der Bevölkerung) schon eine gewisse Rückbildung des durch den Krieg verursachten ungewöhnlich hohen Frauenüberschusses erkennen.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund.

Feststellungsergebnis vom 6. Juli 1925.

Bezirksverband	Zahl d. Baugewerkschaften: insgesamt	Zahl d. Baugewerkschaften: dav. hab. berichtet	In den berichtenden Baugewerkschaften: betrug die Mitgliederzahl am Wochenschlusse	waren am Feststellungstage arbeitslos: Maurer	Hilfsarbeiter	Betongruppe	Stuckgruppe	Isolierer	Töpfer	Fliesenleger	Glaser	Asphaltierer	Bau-Werkmeister	Erdarbeiter	Insgesamt
Kgsbg.	8	8	12930	106	935	29	—	—	17	—	—	—	7	503	1597
Danzig.	1	1	8172	44	156	—	2	—	4	—	—	—	1	219	436
Stettin.	87	87	11752	22	27	—	—	—	6	—	2	—	—	[illegible]	87
Breslau	46	46	29654	101	938	12	11	5	56	2	2	—	2	55	1184
Berlin	75	89	28932	96	227	11	186	11	158	—	94	—	17	[illegible]	770
Mgdbg.	63	63	16559	16	45	—	—	5	1	—	—	—	—	15	82
Erfurt	45	45	13188	64	225	2	2	2	—	—	2	—	1	57	355
Frankf.	16	16	31774	142	551	15	3	2	1	—	—	—	—	360	1074
Köln	16	16	16116	82	435	68	71	4	1	—	2	2	7	160	827
Dortm.	16	16	16767	115	503	88	9	10	—	—	—	2	2	215	804
Hann.	46	46	21450	2	44	—	—	—	—	—	—	—	—	99	145
Bremen	30	30	12715	35	209	—	2	—	—	—	—	—	—	154	400
Hambg.	74	61	17798	81	201	112	5	10	60	5	10	—	3	191	678
Rostock.	60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dresd.	69	69	64851	129	421	11	1	9	43	1	7	4	1	145	772
Nürnb.	25	25	16712	12	644	—	—	—	1	—	—	—	—	236	893
Münch.	35	35	17868	24	374	8	14	—	7	—	4	—	8	[illegible]	707
Stuttg.	24	24	11074	38	24	8	12	—	—	1	—	—	—	141	219
Karlsr.	12	6	6274	60	427	42	—	—	—	—	1	—	—	87	607
Zus.	783	621	339075	1149	6389	846	268	58	355	9	124	8	44	3006	11756

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerksbund ist im langsamen Aufstieg begriffen. Im Verhältnis zum Mitgliederhundert ist sie von 3,16 am 22. Juni auf 3,23 am 29. Juni und auf 3,46 am 6. Juli gestiegen. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder beträgt 11 756 gegenüber dem bisher niedrigsten Stand von 10 621 am 22. Juni. Nicht von der Zählung erfaßt ist der Bezirksverband Rostock, weil dort die Kollegen ausgesperrt sind. Von der Zunahme der Arbeitslosigkeit sind die Gruppen der Maurer, Hilfsarbeiter, Betonarbeiter und Tiefbauarbeiter betroffen. Von den einzelnen Bezirksverbänden haben Danzig mit 13,4 % und Königsberg mit 12,4 % die stärkste Arbeitslosigkeit. Die geringste Arbeitslosigkeit hat der Bezirksverband Magdeburg mit 0,5 %, dann folgen Stettin und Hannover mit je 0,7 %.

Die „sozialen" Abzüge im neuen Einkommensteuergesetz.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes vorgenommen. In der Abstimmung wurde gemäß einem Antrag der Regierungsparteien der § 70 des Einkommensteuergesetzes, der den Steuerabzug behandelt, folgendermaßen gefaßt:

§ 70 Absatz 1:

Vom Arbeitslohn bleiben für den Beschäftigten

a) 600 ℳ jährlich (50 ℳ monatlich, 12 ℳ wöchentlich) als steuerfreier Lohnbetrag;
b) 180 ℳ jährlich (15 ℳ monatlich, 3,60 ℳ wöchentlich), zur Abgeltung der Werbungskosten;
c) 180 ℳ jährlich (15 ℳ monatlich, 3,60 ℳ wöchentlich) zur Abgeltung der Sonderleistungen.

Absatz 2: Außer den in Absatz 1 bezeichneten steuerfreien Beträgen bleiben für die zu dem Haushalt des Beschäftigten zählende Ehefrau, sowie für die zu dem Haushalt zählenden minderjährigen Kinder folgende Beträge vom Steuerabzug frei:

a) für die Ehefrau 90 ℳ jährlich (7,50 ℳ monatlich, 1,75 ℳ wöchentlich);
b) für das erste Kind 120 ℳ jährlich (10 ℳ monatlich, 2,40 ℳ wöchentlich);
c) für das zweite Kind 240 ℳ jährlich (20 ℳ monatlich, 4,80 ℳ wöchentlich);
d) für das dritte Kind 360 ℳ jährlich (30 ℳ monatlich, 7,20 ℳ wöchentlich);
e) für das vierte Kind 480 ℳ jährlich (40 ℳ monatlich, 9,60 ℳ wöchentlich);
f) für das fünfte und jedes folgende Kind 600 ℳ jährlich (50 ℳ monatlich, 12 ℳ wöchentlich).

Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte im Sinne des § 6 Absatz 1 Nr. 3 oder 4 beziehen, werden nicht gerechnet.

Diese Abzüge sind geradezu jämmerlich ungenügend. Das steuerfreie Jahreseinkommen müßte mindestens auf 1200 ℳ erhöht werden, wenn das Gesetz den bescheidensten sozialen Ansprüchen genügen sollte. Denn ein Jahreseinkommen unter 1200 ℳ gewährt nur ein Hungerdasein. Hiervon neben den indirekten auch noch direkte Steuern zu erheben, ist eine schreiende Ungerechtigkeit und eine Schmach für den Staat. Ganz erbärmlich ist der steuerfreie Betrag von 1,75 ℳ wöchentlich für die Ehefrau. Was dabei an Steuererlaß herausspringt, reicht nicht einmal für den Bedarf an — Stiefelwichse! Genau so jämmerlich ist die Berücksichtigung der Kinderzahl. Bei den heutigen Lebensmittelpreisen ist von der nach diesen Sätzen erlassenen Steuer kein Kind auch nur für einen Tag satt zu machen. Der Reichstag sollte sich schämen, ein solches Gesetz anzunehmen. Aber er wird dies **nicht** tun. Unterdessen können die Rechts-Reichstags- und Hindenburg-Wähler darüber nachdenken, wie „schlau" sie gehandelt haben, als sie damals ihre Stimmen den politischen Rattenfängern gaben. Nun erhalten sie die Quittung für ihren Hurra- und Vertrauensdusel.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter:

Im Streik oder ausgesperrt sind die Kollegen in **Aachen** (die Arbeiten des Unternehmers Kuckert aus Jülich in Mariadorf und Striefeld), **Berlin, Bad Ems, Braunlage, Cassel, Crefeld** (Sperre über Hüttenwerke), **Senftenberg** (die Firma Koch, Strich & Müller G. m. b. H.), **Stolp i. P.** (Unternehmer Gellert), **Stuttgart** (Steinhauer).

Das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist für die Bauarbeiter aller Fachgruppen gesperrt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Ausgesperrt sind die Bauarbeiter in Ober-, Mittel- und Unterbaden sowie in der Vorderpfalz. Der Zuzug von Angehörigen aller Fachgruppen ist strengstens fernzuhalten.

Ausgesperrt sind die Bauarbeiter in Mecklenburg, im Freistaat Sachsen, in der Provinz Sachsen und in Anhalt.

Glaser: Gestreikt wird in **Pforzheim.**

Stukkateure: Gestreikt wird in **Berlin, Freiburg i. B., Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen, Singen, Stuttgart** und **Würzburg.**

Töpfer: Gesperrt ist für Ofensetzer **Stargard i. P.** Für Ofenformer ist gesperrt **Rathenow** (Brucks). Die Ofensetzer streiken in **Stuttgart** und **Königsberg i. Pr.**

Steinsetzer: Gestreikt wird in **Plauen i. Vogtl.**

*

Die Aussperrung im Bezirksverband Magdeburg hat nach den vorliegenden Berichten nicht den von den Unternehmern erhofften Umfang angenommen. Bisher sind rund 5300 unserer Mitglieder als ausgesperrt gemeldet. Bei Schluß der Redaktion, am 23. Juli, sind die ersten Verhandlungen zur Beendigung des Kampfes im Gange. Für den 25. Juli hat der Bezirksvorstand die Baugewerkschaften zu einer Bezirkskonferenz nach Cöthen eingeladen, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen.

Vom Kampf im Freistaat Sachsen. Auf ähnliche Weise, wie es schon aus dem Bezirksverband Magdeburg berichtet wurde, suchen auch die Unternehmer im Freistaat Sachsen Bundesgenossen, die ihnen helfen sollen, den Sieg über die Bauarbeiter zu erringen. Sie haben zu diesem Zweck an die Hausbesitzer in **Leipzig** und Umgegend ein Schreiben gerichtet, worin diese über die Forderungen der „begehrlichen" Bauarbeiter „aufgeklärt" werden. Um diese Forderungen recht gefährlich erscheinen zu lassen und die Unverschämtheit der Bauarbeiter ins rechte Licht zu setzen, haben die Unternehmer aus den von den Gewerkschaften für die Verhandlung gestellten Anträgen 21 (einundzwanzig) Forderungen herausdestilliert. Es hat den Unternehmern sicher nicht geringe Arbeit gekostet, auf diese Zahl zu kommen; denn man kann den einzelnen Forderungen deutlich die Mühseligkeit ansehen, mit der sie zusammengesucht sind. Einige von ihnen tragen auch das Zeichen der Unwahrscheinlichkeit schon an der Stirn. So soll eine von den Unternehmern mit Nr. 17 bezeichnete Forderung lauten: „Zerschlagung des Bezirkstarifes in eine größere Anzahl örtlicher Tarife." Dabei weiß jeder, der nur einigermaßen unterrichtet ist, daß die zur Zeit entbrannten Kämpfe allgemein um den Abschluß von Bezirksverträgen geführt werden. Sie haben allerdings zum Teil ihren Ausgang von örtlichen Kämpfen genommen, die entstanden waren, weil der Abschluß von Bezirkstarifverträgen ebenso an den Verschlechterungsabsichten der Unternehmer scheiterte, wie der Abschluß eines Reichstarifvertrages. Forderung Nr. 18 lautet: „Mit dem Tiefbau soll kein Vertrag geschlossen werden." Das ist fürwahr eine sonderbare Vertragsforderung, die besagt, daß kein Vertrag geschlossen werden soll! Nachdem also auf diese Weise die Liste der Forderungen eine für genügend erachtete Länge erreicht hat, werden die Hausbesitzer auf ihre Verantwortung gegenüber der Wirtschaft hingewiesen. Denn die Bewilligung nur eines Teils dieser Forderungen müsse — nach Ansicht der Unternehmer — schweren Schaden für die „ganze Wirtschaft" (lies: Unternehmer!) bringen. Sie „sind nur durch ein gutes Zusammenhalten aller an der Bauwirtschaft beteiligten Kreise (wozu die Bauarbeiter also nicht gehören! Die Red.) zu verhüten". — Deshalb dürfen einzelne Hausbesitzer keine Forderungen bewilligen; sie sollen aber auch zu den alten Bedingungen keine Bauarbeiter beschäftigen, weil auch **das** eine Schädigung und Schwächung der Unternehmerfront bedeutet. Das letztere ist sehr lehrreich für die Kollegen, die immer der Meinung sind, daß **auch die sozialen Baubetriebe** bei jedem Kampf stillgelegt werden müssen. Im übrigen zeigt das Schreiben, wie die Unternehmer alle Kräfte gegen die Bauarbeiter zu sammeln suchen. Dem kann nur dadurch begegnet werden, daß auch die Bauarbeiter in Einigkeit und Geschlossenheit den Weisungen ihrer Organisation folgen, um die Kämpfe zum günstigen Abschluß zu bringen.

> Unsere Kaufleute und Fabrikherren klagen sehr über die schlechten Wirkungen des hohen Lohnes, der den Preis ihrer Güter hinauftreibt und dadurch den Verkauf derselben im In- und Ausland verringert; sie sagen aber nichts von den schlechten Wirkungen des hohen Gewinnes; indem sie von den verderblichen Folgen des Vorteils, den sie selbst ziehen, schweigen, klagen sie desto lauter über die Vorteile anderer Leute. So oft die Gesetzgebung sich dazu herläßt, die Differenzen zwischen den Meistern und ihren Arbeitern auszugleichen, sind immer die Meister ihre Ratgeber. Fällt die Bestimmung zugunsten der Arbeiter aus, so ist sie immer gerecht und billig; wird sie aber zugunsten der Meister gegeben, so ist sie dies manchmal nicht.
>
> Adam Smith.
> (Untersuchungen über den Volkswohlstand, 1776.)

Einfältiger Unternehmerjubel. In dicken Lettern verkünden einige Unternehmerblätter, voran die „Magdeburgische Zeitung": Die Geldbestände des Baugewerksbundes sind erschöpft, nun kann es nicht mehr fehlen, die renitenten Bauarbeiter müssen jetzt zu Kreuze kriechen. Veranlassung zu diesem Geschreibsel gibt ein Rundschreiben unserer Bezirksleitung **Magdeburg** an die Baugewerkschaften dieses Bezirks, von denen ein Exemplar in die Hände der Unternehmer gefallen ist. In diesem Schreiben werden die Maßnahmen unseres Bundesvorstandes dargelegt, die dieser beschlossen hat, um ein möglichst langes Aushalten in unsern derzeitigen Arbeitskämpfen zu ermöglichen. Der Bundesvorstand hat angeordnet, daß in der ersten Streikwoche keine Unterstützung gezahlt wird, er hat ferner angeordnet, daß alle aus Streikfondssammlungen stammenden Gelder unverzüglich der Bundeskasse zu überweisen sind. Er hat des weiteren auf die zwingende Notwendigkeit verwiesen, alle Extrasammlungen, die für jeden im Kampfe befindlichen Bezirk angeordnet sind, für die reguläre Streikunterstützung zu verwenden. Besondere Miets- und Familienunterstützungen müssen eingestellt werden, alle vorhandenen Lokalkassenbestände sind zur Zahlung der Streikunterstützung bereitzustellen. Dies alles sind satzungsgemäß zulässige, vorbeugende Maßnahmen, die angesichts der vorhandenen großen Kämpfe im Baugewerbe nicht nur erklärlich, sondern **ganz natürlich** sind. Aber die Unternehmerpresse schließt daraus, wir seien am Ende unseres Lateins. Gemach, Ihr Herren! Wenn Ihr diese Kämpfe als ein finanzielles Rechenexempel einschätzt, dann könntet Ihr nach „kaufmännischen Grundsätzen" mit Eurer Berechnung recht haben. Aber die Gewerkschaftsbewegung läßt sich nach kaufmännischen Erwägungen nicht einschätzen. Wir erinnern nur an das Jahr 1924. Damals hatten wir ebenfalls schwere Kämpfe **unter weit ungünstigeren Umständen** zu bestehen. Die Hauptkasse konnte nur kleine Zuschüsse zu diesen Kämpfen geben, denn sie war durch Inflation und Arbeitslosigkeit geradezu erschöpft. Aber die Kollegen hielten durch. Und heute, wo wir finanziell günstiger stehen und unsere Kollegen nicht mehr ganz so ausgehungert sind wie unmittelbar nach der Inflation, nun sollten die Bauarbeiter nicht mehr den Elan übrig haben, genau so auszuhalten wie im vergangenen Jahre? Nein, nein, Ihr Herren! Ein bloßes Rechenexempel sind unsere Kämpfe nicht. Den Fehdehandschuh habt **Ihr** hingeworfen. Ihr wollt die Bauarbeiter wieder zur alten Hörigkeit zurückzwingen, sie aber kämpfen im Grunde genommen nur für das, was sie früher hatten, was Ihr ihnen durch unternehmerische Kurzsichtigkeit und Vermessenheit genommen habt. Ihr schätzt den [illegible] und den Widerstand der Bauarbeiter [illegible] ein. Der versagt nicht. Und wenn Ihr glaubt, den Widerstand unserer Organisation durch Aussperrungen brechen zu können, so irrt Ihr. Der Kampfgeist [illegible]. Ihr bekommt ihn nicht unter. Und [illegible] es [illegible] einigermaßen friedlichere Zustände im Baugewerbe, bis Ihr Eure Vergewaltigungsabsichten aufgebt, bis Ihr Euch dazu bekehrt, den Bauarbeitern **das** zuzuerkennen, was sie einst hatten, und außerdem einen Lohn, der dem Bauproletarier eine bescheidene [illegible] ermöglicht. Dafür stehen wir ein, dafür kämpfen wir. [illegible] nicht mehr und nicht weniger. [illegible] bis Ihr endlich zur Vernunft gekommen sein werdet. Das aber wird früher oder später einmal geschehen **müssen!**

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Dortmund. „**Bezirkstag.** Im Einverständnis mit dem Bundesvorstand berufen wir unsern diesjährigen Bezirkstag auf Sonntag, 16. August, vormittags 10 Uhr, nach Dortmund in das Lokal „Biedermeier", Inhaber Herr Otto [illegible], [illegible] 63, ein. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes; 2. Reichstarifvertrag und [illegible]; 3. Unsere Bauhüttenbewegung; 4. Anträge und Wahl des Bezirksvorstandes. — Zur Wahl der Abgeordneten sei auf den § 11 unserer Bundessatzungen und auf das Rundschreiben Nr. 21 vom 17. Juli 1925 hingewiesen. Die Abgeordneten haben sich durch Mandat und Mitgliedsbuch auf dem Bezirkstag auszuweisen. Anträge zum Bezirkstag sind bis spätestens den 10. August an den Unterzeichneten einzusenden. **Hermann Kuhmann.**

Aus den Baugewerkschaften.

Stuttgart. Die Steinhauer in Stuttgart stehen immer noch nicht in einem festen Vertragsverhältnis. Dies liegt in der Hauptsache daran, daß die reinen Steinmetzbetriebe einschließlich der Grabstein- und Kunststeingeschäfte keine einheitliche Berufsorganisation darstellen, um mit ihren Gehilfen ein selbständiges Vertragsverhältnis eingehen zu können. Bei Lohnbewegungen der Steinhauer verkriechen sich diese Unternehmer immer unter die Fittiche des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, und weil sie diesem selbst nicht angehören, kann sich der Syndikus des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe leicht den Luxus erlauben, jeden gefällten Schiedsspruch abzulehnen. So harrt heute der Schiedsspruch vom 23. Februar 1925 immer noch seiner Erledigung und die Maßnahmen der Steinhauer gingen in wiederholten Versammlungen dahin, daß alle Betriebe, die den Schiedsspruch nicht durch Unterschrift anerkennen, gesperrt bleiben müssen. Zur besseren Durchführung der Kontrolle wurden alle Steinhauer von den Firmen, die den Schiedsspruch anerkannt haben, mit Ausweisen versehen, die bei jedem Arbeitswechsel durch die Organisationsleitung vor Arbeitsantritt auf die neue Firma umgeschrieben werden müssen. Diese Maßnahme ist in der letzten Zeit von verschiedenen zugewanderten Steinmetzen nicht befolgt worden, obwohl verschiedene Male im „Grundstein" und in der Tagespresse darauf aufmerksam gemacht und vor Zuzug nach Stuttgart gewarnt wurde. Wir fordern deshalb erneut alle Bauarbeiter, insbesondere die Baudelegierten, auf, alle Steinhauer, die am Bau oder an sonstigen Arbeitsplätzen arbeiten, auf diese Arbeitsausweise zu prüfen und jeden Steinhauer, der nicht im Besitz eines Ausweises ist, als Sperrebrecher behandeln zu wollen. Auch wird von verschiedenen Steinhauern die Untugend des Zwischenmeistersystems geübt, indem sie nach Feierabend für andere Firmen noch Stock- und allerlei Steinhauerarbeiten ausführen, während andere Kollegen arbeitslos auf der Straße herumlaufen. Wenn diese Unsitte nicht sofort eingestellt wird, ist die Organisationsleitung gezwungen, diese Kollegen öffentlich an den Pranger zu stellen. Im übrigen ist der Zuzug nach Stuttgart einschließlich Feuerbach und Untertürkheim nach wie vor gesperrt.

Aus den Fachgruppen.

Glaser.

Auf dem Verbandstage der Glaserinnungen in Potsdam wurde ein Antrag, der für das Glasergewerbe Deutschlands einen Reichstarifvertrag fordert, abgelehnt. Obwohl der Obermeister von Frankfurt a. M. diesen Antrag recht schmackhaft begründete — so forderte er, bei Regentagen die Dacharbeiten einzustellen und die Gehilfen für diese Zeit nicht zu entlohnen —, sprach sich ein Berliner Vertreter dagegen aus, weil die Geschlossenheit der Organisation zerrissen würde, indem sich dann eine nördliche und eine südliche Hälfte, eine Organisation der Glasermeister im Bau- und Holzgewerbe gegenüber stände. Der Mann hat begriffen, was eine geschlossene Organisation bedeutet. Unsre Kollegen könnten sich davon ein Stück abschneiden. Wir sind **für** einen Reichstarifvertrag, er liegt im Interesse des Gewerbes, beide Teile können nur Vorteile davon haben. — Ein weiterer Antrag forderte die Organisierung einer technischen Nothilfe für das Glasergewerbe. Nicht übel. Es handelt sich um eine Pinkertongesellschaft für das Glasergewerbe. Nun, in Wildwest sind wir noch nicht. Sollte es aber soweit kommen, dann werden wir auch damit fertig werden. Der Antragsteller begründete den Antrag mit aus in Frankfurt a. M. gemachten Erfahrungen. Dort hatte sich eine Spiegel- und eine Reparaturkolonne aus Meistern und Meistersöhnen gebildet. Die Spiegelkolonne hätte unter den Augen der Streikenden in knapp 4 Stunden 120 Quadratmeter Spiegelglas eingesetzt. Tüchtige Kerle! Wenn die Meister und deren Söhnchen so arbeiten können, warum werden da überhaupt noch Gesellen beschäftigt! Der Erfolg dieser Spiegelgruppe hätte besonders auf die alten Gesellen eine „große Wirkung" aus-

geübt. Auch die Reperaturkolonne soll sich tapfer gehalten haben. Trotz der schönen Begründung wurde der Antrag abgelehnt. Immerhin wäre die Frage am Platze, wer denn eigentlich die technische Nothilfe bezahlen würde. Etwa die Meister des Ortes, wo gestreikt wird? Dann könnten sie lieber die Löhne der Gehilfen um 100 % erhöhen das wäre jedenfalls billiger. Denn auf Vorschlag des Vorsitzenden sollen technische Nothilfen örtlich gegründet werden. Zu diesem „stillen Begräbnis" wäre nichts weiter zu sagen. — Ein weiterer Antrag verlangte, daß nur Lehrlinge eingestellt werden, die mindestens die zweite Klasse der Volksschule erreicht haben. Der Antrag mag gut gemeint sein, aber hatten wir nicht schon oft gediegene Arbeiter, die bei aller Tüchtigkeit mit ihren Schulzeugnissen dennoch keine Reklame machen konnten? Eine anständige Bezahlung und regelrechte Ausbildung kann oft Wunder wirken. Der Antrag wurde angenommen. Ein anderer Antrag richtete sich dagegen, daß Maler- und Anstreicher-Firmen Fenster verkitten. Auch die Gehilfen haben ein Interesse daran, daß diese Arbeiten vom Glaser gemacht werden. Woran liegt es aber, wenn Maler diese Arbeiten ausführen? An den Meistern. Ihre Preise sind zu hoch. Ein vierflügeliges Fenster zu verkitten kostet 1,20 bis 1,40 *M*. Der Gehilfe aber soll wenigstens drei Fenster die Stunde verkitten. Unter Anrechnung von Oel und Kitt kosten die Fenster dann 1,50 *M*, aber 3,60 bis 4,20 *M* werden verlangt. Selbst wenn mit 80 % Unkosten gerechnet wird, kosten die 3 Fenster erst 2,70 *M*. Im vorigen Jahr waren in Berlin von Juni bis Oktober ständig 80 bis 90 Glaser mit dem Verkitten von Fenstern beschäftigt, in diesem Jahre höchstens 10. Setzt die Preise auf ein normales Maß, dann werdet Ihr die Arbeiten behalten, dann werden auch wieder Gehilfen vom Nachweis wegkommen!

Berlin. In der am 20. Juli stattgefundenen, auch von Frauen sehr gut besuchten Glaserversammlung wurde nach einem interessanten Vortrag des Kollegen Max Purfürst nachfolgende Entschließung, die auch dem Bureau des Reichstages zugeschickt wurde, einstimmig angenommen: „Die am 20. Juli im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Glaser, erhebt schärfsten Protest gegen die Einführung von Zöllen, ganz gleich welcher Art. Vor allem aber erhebt sie Protest gegen Zölle auf Lebensmittel. Die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterschaft würde dann auf ein Niveau herabgedrückt, das dem des chinesischen Kuli gleich stände. — Gleichzeitig erhebt die Versammlung Protest gegen die Verschlechterung der Wochenhilfe. Fällt es doch schon heute dem Arbeiter schwer, seine Familie zu ernähren, um wie viel schwerer wird es dann, wenn die Wöchnerinnenunterstützung verkürzt und das Stillgeld beseitigt wird. Die Erhöhung der Entbindungskosten auf 80 *M* schafft keinen Ausgleich für den Wegfall des Stillgeldes. Die Versammlung verurteilt aber auch die Vorlage des Steuerausschusses des Reichstages, die Erhöhung der Wohnungsmiete betreffend. Es ist ausgeschlossen, bei den jetzt bestehenden Löhnen die volle Friedensmiete zahlen zu können. Mit knapper Not werden von den in Arbeit Stehenden die jetzt bestehenden 76 % aufgebracht. Was aber machen die Arbeitslosen, von denen auch unsere Gruppe im Jahresdurchschnitt ständig 33 % zu verzeichnen hat? Die Versammlung verlangt, daß die Miete nicht verteuert wird. Sollte dennoch eine Erhöhung geschehen, so müssen mindestens 50 % der Gesamtmiete dem Kleinwohnungsbau zugewiesen werden, damit erst einmal volle Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird. Die Versammlung erklärt, mit allen Mitteln gegen die Mieterhöhung kämpfen zu wollen. Sie erwartet vom Reichstag die unbedingte Ablehnung nicht nur der Mieterhöhung, sondern auch der Zollvorlage und der Umgestaltung der Wochenhilfe."

Isolierer.

Ergebnislose Verhandlungen der Auslösung wegen. Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium über die Erhöhung der Auslösung sind vorläufig ohne Ergebnis geblieben. Die Vertreter des Wirtschaftsbundes haben es verstanden, die Lage des Isoliergewerbes so darzustellen, daß es eine weitere Belastung nicht vertragen könne. Würden die Isolierfirmen der Industrie höhere Sätze abverlangen, so wäre mit aller Bestimmtheit damit zu rechnen, daß auch der letzte Auftrag zurückgezogen würde. Die Unternehmer des Bezirks Dortmund bestritten überhaupt, daß die Arbeiter eine höhere Auslösung haben wollten. Dutzendweise böten sich die Isolierer an und wollten gern noch auf einen Teil der jetzigen Auslösung verzichten, wenn sie nur eingestellt würden. Solche Aussprüche aus Unternehmermunde, die man schon seit dem Bestehen der Arbeiterbewegung kennt, nämlich, daß man unter Verzicht auf jeglichen Gewinn Arbeit nur übernehme, um die Leute zu beschäftigen, konnte man in den bewegtesten Tönen hören. Kollege Odenthal, der die Forderungen der Kollegen begründete, gab zwar zu, daß die Industrie alles daransetze, um eine Steigerung der Arbeiterlöhne zu verhindern, aber dem könne der Arbeiter nicht folgen. Er wies nach, daß die Auslösung von 4 *M* je Tag am 15. August 1924 unter Zugrundelegung des Durchschnittslohnes der Maurer in den 10 Städten, die das Magdeburger Abkommen erfaßte, 4,8 Stundenlöhnen entsprochen habe. Nehme man dagegen den heutigen Durchschnittslohn der betreffenden 10 Städte, so ergebe sich, daß die Auslösung von 4 *M* nur noch 3,5 Stundenlöhnen entspreche. Die Schlichterkammer, die im Anschluß an die Verhandlungen gebildet wurde, kam mit 3 gegen 2 Stimmen zu dem Beschluß, eine Entscheidung auszusetzen und gegen Ende August erneut zu verhandeln, da bis dahin zu erwarten sei, daß größere Klärung im Wirtschaftsleben eingetreten, auch die Zollvorlage erledigt sei. Solange die Isoliergeschäfte noch die Behauptung aufstellen dürfen, daß nicht die Isolierer, sondern nur deren Vertreter Forderungen auf Erhöhung der Auslösung stellen, werden wir kaum erwarten dürfen, beim Wirtschaftsbund Entgegenkommen zu finden. Vielleicht ist es möglich, bis Ende August den Herren eine andere Ansicht beizubringen. Allerdings müßten sich die Isolierer dann anders einstellen.

Stuttgart. In einer gut besuchten Versammlung wurde hier nachstehende Entschließung gefaßt: „Die Isolierer Württembergs erheben wegen der Fernzulage den schärfsten Protest gegen das Verhalten des Wirtschaftsbundes für das Isoliergewerbe in Deutschland E. V. Trotz des Antrages des Deutschen Baugewerksbundes ist es bis heute nicht gelungen, eine Aenderung der Fernzulage herbeizuführen. Seit Festlegung des Reichstarifvertrages ist in der Lebenshaltung eine gewaltige Veränderung zuungunsten der Arbeiterschaft eingetreten. Infolgedessen muß mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß die auswärtige Zulage entsprechend der Lebenshaltung einer Aenderung unterzogen wird. Die Fachgruppe der Isolierer fordert den Reichsfachgruppenobmann auf, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um die gestellte Forderung von 7 *M* täglicher Entschädigung für auswärtige Arbeiten zur Durchführung zu bringen. Um die gegenwärtige unhaltbare Lage einigermaßen zu mildern, sollte über die Dauer der Verhandlungen eine Zwischenregelung in diesem Sinne getroffen werden, wonach an Stelle der auswärtigen Zulage von den Unternehmern des Isoliergewerbes die Verpflegungskosten getragen werden.

Stukkateure und Putzer.

Duisburg. Der Streik der Stukkateure ist am 16. Juli mit Erfolg beendet worden. Am andern Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Nürnberg. Bei den Lohnverhandlungen erzielten die Stukkateure und Putzer eine Stundenlohnerhöhung von 10 ₰, von denen 5 ₰ vom 18. Juli an, die restlichen 5 ₰ vom 19. September an gezahlt werden. Der Stundenlohn beträgt mithin vom letztgenannten Tage an 1,50 *M*. Geschieht eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 4 %, so muß erneut über eine Lohnerhöhung verhandelt werden. Der Lohn der Hilfsarbeiter wird zu den obengenannten Terminen gleichfalls erhöht und zwar um 3 beziehungsweise 2 ₰, sie kommen also am 19. September auf 1,10 *M*, das sind 5 ₰ weniger als Maurerlohn.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Danzig. Infolge der Arbeitslosigkeit war es bisher nicht möglich, unsere Löhne, die letztmalig im Oktober 1924 vereinbart wurden, zu erhöhen. Auf Grund der nunmehr eintretenden besseren Arbeitsgelegenheit hatten wir bei der Töpferinnung eine neue Vereinbarung über Löhne und Akkordsätze beantragt. Die Verhandlung darüber verlief ergebnislos, weil die Vertreter der Innung erklärten, die jetzige Zeit sei nicht dazu angetan, die Löhne zu erhöhen. Falls die Gesellen auf sie einen Druck ausüben könnten, dann würden sie sich eine Zulage überlegen, jetzt aber könnten sie keinen Druck ausüben, folglich werde auch keine Zulage bewilligt. Darauf wurde ihnen erwidert, daß dies eine Verkennung des Tarifgedankens und der Tarifidee sei; man müsse doch prüfen, ob die jetzigen Löhne ausreichend seien. Dies sei nicht der Fall. Nach der amtlichen Teuerungsziffer seien die Lebenshaltungskosten seit der letzten Vereinbarung um 13 % gestiegen, weshalb ein Ausgleich stattfinden müsse. Man solle sich doch endlich abgewöhnen, nur dann Zulagen zu gewähren, wenn ein Druck ausgeübt wird. Der Tarifidee innerstes Wesen sei, sich zu vertragen, Verträge würden also auf Treu und Glauben abgeschlossen. Wo bleiben bei solcher Unternehmereinstellung diese Grundsätze? Die Vertreter der Innung erklärten dann, der Innungsversammlung unsere Forderungen vorzutragen, wir glauben aber, daß sie nicht berücksichtigt werden.

Emden. Mit dem Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensetzergewerbes Deutschlands, Bezirk Oldenburg, Ostfriesland, Wilhelmshaven, Bremen, ist am 3. Juli eine Vereinbarung getroffen, wonach vom 6. Juli bis zum 1. Oktober 1925 ein Stundenlohn von 1,20 *M* gezahlt wird. Steigt oder fällt vom 1. Oktober 1925 an der Maurerlohn im Baugewerbe des Bezirks, so geschieht dies beim Lohn im Ofensetzergewerbe in demselben prozentualen Verhältnis. Die Akkordsätze des Tarifs von 1913 erhalten die gleichen prozentualen Aufschläge wie der Stundenlohn, der letztere darf jedoch 15 % über den jeweiligen Maurerlohn im Bezirk nicht übersteigen. Für die Zeit vom 6. Juli bis zum 1. Oktober 1925 werden 75 % auf den Tarif von 1913 gezahlt. Vom 1. Oktober 1925 an muß der Ofensetzerlohn wieder 15 % über dem dann gültigen Maurerlohn sein. Die Abmachungen gelten bis zum 1. Juli 1926.

Karlsruhe. Zwischen den badischen Ofenformern und den Ofenfabrikanten ist ein neues Lohnabkommen getroffen. Vom 20. Juli an werden auf die Akkordsätze 12 % Zulage gezahlt. Diese Vereinbarung gilt bis zum 1. Oktober dieses Jahres und kann von da ab mit einer Frist von 14 Tagen gekündigt werden. Die Löhne der Hilfsarbeiter für Mosbach und Lahr sollen örtlich geregelt werden.

Krauschwitz-Lugknitz. In der Steinzeugindustrie der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G. und der Steinzeugröhrenfabrik G. m. b. H. ist der Streik nach viertägigen Verhandlungen durch Vergleich beendet worden. Damit sind die Differenzen erledigt.

Moskau. Für die Scheibentöpfer in den Orten Moskau, Lugknitz und Tschöpeln ist die Urlaubsfrage neu geregelt. Demnach erhält jeder Arbeiter nach 1 Jahr Betriebszugehörigkeit 3 Tage Ferien, nach 2 Jahren 4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 4 Jahren 6 Tage. Für mindestens 270 Arbeitstage im Betrieb, einschließlich eventueller Krankentage werden als Entschädigung die Durchschnittsakkordlöhne und die Stundenlöhne vom Monat Mai berechnet.

Pirna. Für die in der Firma Vereinigte Ofenfabriken Pirna A.-G. beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind folgende Löhne und Vereinbarungen getroffen worden: Facharbeiter (dazu gehören Bodenarbeiter, Glasierer, Einleger, Arbeiter am Tonschneider, bei der Masse und am Kollergang) erhalten im Mindestalter von 20 Jahren 65, Arbeiter über 20 Jahre 60, von 18 bis 20 Jahren 55, unter 18 Jahre 40, Frauen 50 ₰ je Stunde. Arbeiter am Tonschneider erhalten für jeden Ballen Ton 1 ₰ extra, Tonträger je Woche 3 *M* extra. Jüngere Leute, die Facharbeiten ausführen, erhalten nach 4 Wochen Karrenzzeit den Lohn der nächst höheren Klasse. Die Ferien werden nach den für die Töpfer bestehenden Vereinbarungen geregelt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden; für Ueberstunden werden 25 % Zuschlag gezahlt. Sonntagsarbeit ist Arbeit von Sonnabends nachmittag 4 Uhr bis Montag früh zu Beginn der regulären Arbeitszeit; dafür wird ein Zuschlag von 50 % gezahlt. Die Löhne steigen und fallen im gleichen Verhältnis wie die Löhne der Ofenformer, eine Kündigung hierzu ist nicht erforderlich.

Zittau. Am 12. Juli tagte in Löbau eine Bezirksfachgruppenversammlung der Töpfer aus Bautzen, Löbau und Zittau. Sie beschäftigte sich mit dem bisherigen Ergebnis der Lohnverhandlung der Ofensetzer im Freistaat Sachsen. Den Bericht hierüber gab Kollege Dünnebier. Die Kündigung sei von sämtlichen Fachgruppen gewünscht und von der Landeskommission beschlossen worden. Alle Abänderungswünsche zum Tarif sind dem Kollegen Hörig überreicht worden, der sie in der neuen Vorlage mitverarbeitet hat. Die Unternehmer wünschten Verhandlungen auf der Grundlage des alten Tarifs, jedoch nicht eher, bevor der Verbandstag der Unternehmer in Stuttgart getagt habe. So kam es, daß die erste gemeinsame Sitzung erst am 4. Juli stattfinden konnte. Da aber der alte Tarif am 30. Juni abgelaufen war, wurde ein Provisorium zu den bekannten Bedingungen geschaffen. In der Hilfsarbeiterfrage konnte leider keine Einigung erzielt werden, jedoch wurde ein Entgegenkommen ausgesprochen. — In der Aussprache betonten alle Redner, daß daran festgehalten werden müsse, den Lohn der Ofensetzer in ganz Sachsen einheitlich zu gestalten. Den kämpfenden Bauarbeitern Sachsens wurde vollste Solidarität zugesichert, die Streikbeiträge sollen restlos abgeführt werden. Nach Beendigung des Kampfes soll eine Bezirksversammlung in Bautzen stattfinden. Kollegen, die noch keine Ferienmarken haben, sollen solche sofort vom Unternehmer abfordern.

*

Tüchtige Ofenformer für Beguß und Altdeutsch sucht sofort für dauernd **Ang. Eiwald, Töpfermeister, Gnoien i. M.**

2 tüchtige Ofensetzer, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sofort gesucht. **Gebr. Pliebernich,** Ofenbaugeschäft, **Verden a. d. A.**

Tüchtige Eindreher für Blumentöpfe sofort gesucht. **Keram-Werk,** Tonwarenfabrik, **Kühren bei Preetz (Holstein).**

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband der Tschechoslowakei. Die Mitglieder des kommunistischen Zentralverbandes der Bauarbeiter, Sitz Prag, betreiben ihre verleumderische, die Macht und die Kraft des Proletariats schwächende Tätigkeit auch in den Grenzgebieten Deutschlands. Das Gastrecht, das dort die Kommunisten geniessen, ist für sie fremder Begriff. Mit der bekannten Grossmäuligkeit spielen sie sich in vielen Orten als Herren auf. Sie beschimpfen und verleumden die „sozialpatriotischen Reformisten" und Amsterdamer im allgemeinen, die im Deutschen Bauarbeiterverband der Tschechoslowakei Organisierten im besonderen. Den aufhorchenden Kollegen wird erzählt, der kommunistische Zentralverband sei alles, der Deutsche Bauarbeiterverband dagegen nichts.

Um die Behauptungen dieser Lügenmäuler auf das richtige Mass zurückzuführen, sollen einmal Zahlen sprechen. Der kommunistische Zentralverband erstreckt seine Tätigkeit über das ganze Staatsgebiet der tschechoslowakischen Republik; das Organisationsgebiet des Deutschen Bauarbeiterverbandes der Tschechoslowakei umfasst nur die deutschen Minderheitsbezirke. Am 31. Dezember 1924 wiesen die Kommunisten 19 306 Mitglieder auf. Davon waren Tschechen 11 988, Deutsche 4898, Slowaken 1003, Magyaren 1293, Polen 127. An Unterstützung und für Lohnbewegungen gab der kommunistische Verband in den Jahren 1919 bis einschliesslich 1924 3 067 659,56 Kronen aus; ausserdem an Sterbefallunterstützung 80 069,40 Kronen, an Inhaftiertenunterstützung 3842 Kronen, an Gemassregeltenunterstützung 8022 Kronen, für Rechtsschutz 90 338,46 Kronen, zusammen 3 249 931,42 Kronen.

Die Mitgliederzahl des Deutschen Bauarbeiterverbandes der Tschechoslowakei betrug Ende 1924 (Durchschnittszahl) 11 466. Ausgegeben wurde von ihm in dem gleichen Zeitabschnitt für Erwerbslosenunterstützung 1 553 191,96 Kronen, für Sterbefallunterstützung 60 393,50 Kronen, für Streiks und Lohnbewegungen 2 304 067,89 Kronen, für Gemassregeltenunterstützung 14 725,26 Kronen, für Rechtsschutz 91 948,75 Kronen, zusammen 4 024 327,36 Kronen.

Die Leistungen des Deutschen Bauarbeiterverbandes übersteigen demnach die des kommunistischen in der gleichen Zeit um 774 395,94 Kronen. Daraus ist ersichtlich, dass die Behauptung der Kommunisten, der Deutsche Bauarbeiterverband sei nichts, der Wahrheit nicht entspricht. Mitglieder kann sich ein Verband, der die Oeffentlichkeit täuschen will, zulegen. Bei den Moneten muss man aber doch etwas bei der Wahrheit bleiben. Die Kommunisten in der Tschechoslowakei haben die Gewerkschaftsbewegung durch ihr Treiben so arg geschädigt, dass jetzt ein grosser Teil der Bauarbeiter unorganisiert ist. Davon erzählen die Moskowiter natürlich nichts.

Vom Bau.

Duisburg. Am 15. Juli stürzte beim Schornsteinbau in Crefeld unser Bundeskollege, der Maurer Ernst Baumann, aus einer Höhe von etwa 40 m infolge Gerüstbruches ab. Er wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eingetreten ist. Der Kollege Baumann war erst 33 Jahre alt und hinterläßt seine Frau mit einem Kinde.

Itzehoe. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich hier am 17. Juli in der Breitenstraße. Wegen eines Ladenumbaues hatte man die Vorderfront eines zweieinhalbstöckigen Hauses abgefangen, um in der ersten Stockwerkshöhe stärkere Träger anzubringen. Bis zur Decke des ersten Geschosses hatte man das Mauerwerk entfernt, das übrige Mauerwerk der andern anderthalb Stock hing somit auf den Balkenköpfen beziehungsweise auf vier schrägen Stützen. An dem Unglückstage hatte man nun auch die Balkenköpfe von unten abgeschnitten. Dadurch hing das Mauerwerk unterhalb der drei Fenster völlig in der Luft, nur verbunden durch den Jahrzehnte alten Mörtel. Um 4 Uhr nachmittags fuhr ein Autolastzug an der Unglücksstelle vorbei; diese Erschütterung genügte, das ganze Mauerwerk in der Breite des Hauses und in der Höhe bis unter die Soolbank herabstürzen zu lassen. Dadurch hat natürlich der übrige Teil der Vorderfront einen Teil seines Stützpunktes verloren, er ist von den schrägen Steifen nach innen gedrückt, so daß jede Minute befürchtet werden muß, daß die ganze Vorderfront einstürzt. Jedenfalls wird sie nun abgetragen und von unten auf neu gebaut werden müssen. Zwei Beschäftigte sind bei dem Zusammensturz

verunglückt. Der Maurer Harms erlitt nicht unerhebliche Kopfverletzungen, der Zimmerpolier mußte — jedenfalls durch das herabstürzende Mauerwerk ziemlich schwer verletzt — ins Krankenhaus befördert werden. — Nach unserer Ansicht ist bei dieser Arbeit ein wenig leichtsinnig vorgegangen worden. Man hätte die Vorderfront im ersten Obergeschoß durch Querbalken besser verbinden und dann auch das Soolbankmauerwerk vorher mitentfernen müssen. Aber diesen Weg hat man nicht gehen wollen, weil man dann die obere Wohnung räumen mußte. Diese Kosten hat man „gespart", um nunmehr die drei- und vierfachen Kosten zu haben. Hinzu kommt die Beschädigung von Menschen und die Blamage.

Allgemeine Rundschau.

Ferdinand Tönnies. Zum 70. Geburtstage des Professors Dr. Ferdinand Tönnies (Kiel) am 26. Juli schreibt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau": „Ein deutscher Gelehrter, bei dem der soziale Einschlag stets so stark war, daß er in früheren Zeiten manchen Leuten ein wenig auf die Nerven fiel. Also vor Zeiten eine seltene Erscheinung. Dazu ein streitbarer und unerschrockener Gelehrter. Wir sehen ihn noch im Kampfe mit sehr prominenten Vertretern des Hamburger Reedertums, denen er es durch seine Haltung im Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97 angetan hatte. Man fiel sehr heftig über ihn her, aber er wehrte sich tapfer seiner Haut. Sozialer Arbeit war sein Leben, sind seine zahlreichen Schriften geweiht, soziale Gesinnung führte ihn auch, gleich seinem Freunde Staudinger, zur Genossenschaftsbewegung, der er in Wort und Schrift wertvolle Unterstützung angedeihen ließ. Nur bewundernswerter Gelehrtenfleiß macht die Vielseitigkeit der sozialen Arbeit verständlich, der sich dieser Mann unterzog. Nun ist er 70 Jahre alt; wenn man aber seine letzten Jahresleistungen überschaut, dann macht es noch gar nicht den Eindruck, als dächte er schon an Ruhe und Muße. Im Gegenteil! Sie machen ganz den Eindruck, als stammten sie aus einer Werkstatt, deren Inhaber sich noch manches vorgenommen hat. Wir wünschen dem wackeren Wegbereiter sozialen Denkens und Handelns, daß ihm noch lange die bewundernswerte Kraft zum gewohnten Tun erhalten bleiben möge. Wir glauben, daß das der Wunsch ist, dessen Erfüllung er als schönste Gabe für das achte Lebensjahrzehnt ansehen würde."

Gegen die Mietsteigerung. Die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner Beamtenbund haben zusammen mit dem Reichsbund deutscher Mieter der Reichsregierung und dem Reichstag folgende Eingabe unterbreitet: „Die unterzeichneten Organisationen, deren Mitglieder mit ihren Familienangehörigen die Hälfte des deutschen Volkes repräsentieren, warnen den Reichstag und die Reichsregierung in letzter Stunde nochmals eindringlich vor der Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes in der jetzt vorliegenden Fassung. Sie sind nach wie vor der Auffassung, daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß und daß aus dem Wohnungswesen nur Mittel für den Wohnungsneubau, für die Erhaltung der Altwohnungen und für Mietbeihilfen für zahlungsschwache und zahlungsunfähige Mieter herausgezogen werden dürfen. Einer Steigerung der Hausrente müßten die unterzeichneten Organisationen entschieden widerraten, weil die zu einem solchen Zweck eintretende Steigerung der Miete die Kaufkraft mindert, weite Kreise der Bevölkerung in immer größere Not hineinführen und die deutsche Wirtschaft unproduktiv belastet würde. Jede weitere Mietsteigerung führt zu weiteren Preissteigerungen, sowie zu Wirtschaftskrisen und Lohnkämpfen und damit zur Minderung der Erwerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die unbedingt erforderliche energische Steigerung der Neubautätigkeit kann bei der herrschenden Kapitalknappheit nur auf dem Wege der Bereitstellung hinreichender Mittel aus der Hauszinssteuer herbeigeführt werden. Dieser Weg wird um so sicherer zum Ziele führen, je weniger das Wohnungswesen zu allgemeinen fiskalischen Zwecken belastet wird." Schließlich fordern die genannten Organisationen, daß der Wertanteil am Haus- und Grundbesitz, der durch den Wegfall des größten Teils der Hypothekenlasten frei geworden ist, im Wege der Belastung der Grundstücke mit Staatshypotheken für die Allgemeinheit sichergestellt wird.

Unfallversicherung und Berufskrankheit. Die neue deutsche Verordnung, die die Unfallversicherung auf gewisse gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt hat, bedeutet zweifellos einen wichtigen Fortschritt. Die Verordnung beschränkt sich aber, wie dies Professor Dr. B. Chajes in der „Deutschen Krankenkasse" ausführt, nur auf eine Reihe von Stoffen und Erkrankungen, ohne andere mit zu berücksichtigen. Es sei hier nur auf die Schädigungen des Chroms und seiner Verbindungen, auf die Thomasschlackenlungenentzündungen, auf die Milzbrand-, Rotz-, Maul- und Klauenseuche und Strahlenpilzkrankheit hingewiesen. Die Vervollständigungen der Liste der neuen Verordnung ist unbedingt notwendig. Professor Chajes weist aber auf die Wichtigkeit einer intensiven Volksbildungsarbeit unter den Aerzten hin. Die Kenntnisse über die gewerblichen Berufskrankheiten sind in weiten Kreisen der Aerzteschaft nur ungenügend verbreitet. Kurzfristige Kurse müssen über die Berufskrankheiten für Aerzte abgehalten werden.

Die Arbeitslosenversicherung ein „Luxus". Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat zu dem Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeitslosenversicherung Stellung genommen. Entgegen dem Entwurf erachtet die Berliner Handelskammer den Zeitpunkt für die Ueberleitung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung noch nicht für gekommen. Im Gegenteil müsse diese „im gegebenen Augenblick als ein Luxus betrachtet werden, den sich die deutsche Wirtschaft zur Zeit nicht gestatten kann." Die Handelskammer faßt schließlich ihre Stellungnahme folgendermaßen zusammen: „Der Beschäftigungsnachweis soll in Zukunft für 26 Wochen innerhalb der letzten 2 Jahre geführt werden, während die Erwerbslosenfürsorge nur den Nachweis für 3 Monate im letzten Jahr verlangt. Die Höchstdauer der Unterstützung ist auf 26 Wochen innerhalb zweier Jahre zu beschränken gegenüber dem gleichen Zeitraum innerhalb eines Jahres bei der Erwerbslosenfürsorge. Hiermit soll auch im Einzelfall die bei der Erwerbslosenfürsorge gestattete Verlängerung der Unterstützungsdauer um weitere 3 Wochen in Fortfall kommen. Die Kurzarbeiterunterstützung der Erwerbslosenfürsorge ist, wie im Entwurf befürwortet, zu beseitigen." — Die Berliner Handelskammer befürwortet damit eine Verschlechterung noch über den gewiß nicht sehr fortschrittlichen Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums hinaus. Daß man übrigens dort drüben die Arbeitslosenfürsorge als einen Luxus betrachtet, nimmt bei der geistigen Einstellung dieser „Menschenfreunde" nicht wunder.

Akademie der Arbeit. Der vierte Lehrgang der Akademie der Arbeit ist nach neunmonatiger Dauer am 27. Juni zu Ende gegangen. Er war von 53 Hörern — 48 Männern und 5 Frauen — aus ganz Deutschland besucht. Die Vorlesungen, Uebungen und Arbeitsgemeinschaften umfaßten insgesamt 868 Stunden; davon entfielen auf allgemeine und Einführungsvorlesungen 120, auf Vorlesungen über Volkswirtschaft 322, über Recht 191, über Staatslehre und Politik 54, über Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik 181 Stunden. Dazu kam eine Reihe von Besichtigungen privater und öffentlicher Unternehmungen und Anstalten. Der fünfte Lehrgang wird am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni 1926 dauern. Die Hörergebühr beträgt 100 M. Anmeldungen sind — am besten in der Zeit vom 15. August bis 1. September — an die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M., Zimmer 68, zu richten.

Das deutsche Volkseinkommen. Dr. Moritz Elsaß stellt in der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft" einen Versuch an, das deutsche Volkseinkommen zu schätzen. Der Verfasser gilt auch im Ausland auf Grund seiner früheren einschlägigen Arbeiten als Sachverständiger auf diesem Gebiete. Dr. Elsaß schätzt das deutsche Volkseinkommen auf 39,7 Milliarden. Vor dem Kriege wurde das Volkseinkommen auf 43 Milliarden veranschlagt, bei Berücksichtigung der durch den Friedensvertrag verminderten Bevölkerungszahl auf 38,5 Milliarden. Angesichts des veränderten Geldwertes ist der Rückgang des Volkseinkommens sehr beträchtlich. Dr. Elsaß unterscheidet zwischen Masseneinkommen (Löhne und Gehälter), kapitalistischem Einkommen und öffentlichem Einkommen. Das Masseneinkommen betrug 1913 auf die verringerte Bevölkerungszahl gerechnet, 26 Milliarden, im April 1925 dagegen 31,9 Milliarden. Die Löhne und Gehälter seien nach Dr. Elsaß durchschnittlich um 22,6 % höher als in der Vorkriegszeit. Diese Angabe müßte freilich näher nachgeprüft werden. Angesichts der Erhöhung der Lebenshaltungskosten zeigt sich aber selbst auf Grund dieser Berechnung eine erhebliche Verminderung des Realeinkommens der Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit will Elsaß bei der Schätzung des Lohneinkommens nicht berücksichtigen, weil auf der andern Seite seit dem Kriege große Schichten von Frauen und andern ins Erwerbsleben getreten sind. Allerdings hätte die Verminderung des Arbeitseinkommens infolge des Abbaues von Beamten, Bank- und andern Angestellten im vergangenen Jahre in Betracht gezogen werden sollen. Die Verminderung der Mannschaft der Wehrmacht, wodurch die Zahl der produktiv Tätigen sich erhöhte, wurde deshalb nicht berücksichtigt, weil auf der andern Seite die verminderte Leistungsfähigkeit der Kriegsbeschädigten eine Verringerung des Volkseinkommens bedeutet. Das kapitalistische Einkommen wurde 1913 — auf das verkleinerte Reichsgebiet berechnet — auf 10,5 Milliarden im Jahre geschätzt. Elsaß nimmt nun an, daß dieses Einkommen auf weniger als die Hälfte, auf 45 %, zusammengeschrumpft sei, weshalb es heute auf rund 4,75 Milliarden zu veranschlagen sei. Leider fehlen Unterlagen für diese Behauptung. Es wird noch festgestellt, daß, während das nominale Volkseinkommen die frühere Höhe wieder erreicht hat, das reale, an der inneren Kaufkraft gemessen, nur etwa drei Viertel des nominalen, mithin 30 Milliarden, ausmacht.

Unsinnige Redensarten. Immer weiter breitet sich im gewerkschaftlichen Sprachgebrauch die unsinnige Benennung „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" aus. Mit ersterer Bezeichnung sollen die Unternehmer, mit der zweiten die Arbeiter und Angestellten gemeint sein. Bei Verhandlungen wird immer ganz seelenruhig von einer Arbeitgeber- und einer Arbeitnehmerseite gesprochen. Wenn derartiges auch meistens ohne tieferes Nachdenken nachgesprochen wird, so findet man mitunter Aeußerungen, die direkt als ein Hohn bezeichnet werden müssen. So schreibt jemand in Nummer 25 der Zeitschrift „Das Industrieblatt" folgenden Hymnus auf die Unternehmer: „Das Wort „Arbeitgeber", eigentlich wunderschön in seinem sinngemäßen Inhalt, umfaßt ja doch den Begriff des geistigen Führers im Wirtschafts- und Lebenskampf, den Begriff des Menschen, dessen selbstgewählter Beruf und Lebensaufgabe es ist, dafür zu sorgen, daß andere, die „Arbeitnehmer", die nicht die Möglichkeit oder den Willen zum selbständigen Lebenskampf haben, möglichst dauernde und gutbezahlte Arbeit finden. Nur so kann die Unterscheidung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer verstanden werden. Jeder andere Unterschied, vor allem jeder von interessierter Seite künstlich aufgerichtete Gegensatz ist unlogisch." Die Arbeiter sollen also nicht den Willen zum selbständigen Lebenskampf haben? Daß so etwas ernsthaft bestritten werden kann, sollte man nicht für möglich halten. Dagegen werden die „geistigen Führer im Wirtschaftskampf" mit ihrem „selbstgewählten" Beruf als reine, selbstlose Menschen gefeiert, die nur den Willen haben, andern Menschen eine dauernde und gutbezahlte Arbeit zu verschaffen. Die oben zitierten Stellen kommen in einer Nachschrift der betreffenden Redaktion zu der bekannten Denkschrift der Unternehmerverbände vom 12. Mai vor, wo die Selbstlosigkeit der „geistigen Führer" wahre Orgien feierte und der Begriff „Arbeitgeber" wunderschön in seinem „sinngemäßen Inhalt" zum Ausdruck kam. — Wir aber sollten uns jedenfalls bemühen, die Worte „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" in dem Sinne, wie sie meistens verstanden werden, nicht zu gebrauchen. Die Arbeiter erzeugen Arbeit und geben sie gegen ein Entgelt, den Lohn, an die Unternehmer ab, sie wären also viel eher als Arbeitgeber zu bezeichnen. Wenn wir schon in der kapitalistischen Gesellschaft zu leben und zu arbeiten gezwungen sind, so sind wir doch nicht gehalten, die verkehrt angewandten Begriffe und Bezeichnungen in unserm Sprachgebrauch zu übernehmen.

Bauarbeiter und Esperanto. Die schlechte Wirtschaftslage zwingt viele Arbeiter, irgendwelche Auswege zu suchen, um das Leben zu fristen. So ist der Bauarbeiter vielfach gezwungen, sich in andern Orten oder Ländern ein Betätigungsfeld zu suchen. Aber wird oft eine wichtige Tatsache zu wenig beachtet, nämlich die Sprachschwierigkeiten, sobald ein Kollege die Landesgrenzen überschritten hat. Um nun auch den Arbeitsgenossen, die nur Volksschulbildung genossen haben — und das sind ungefähr alle — zu helfen, ist es angebracht, auf ein Verständigungsmittel hinzuweisen, das in solchen Fällen von praktischem Nutzen sein kann: Die Welthilfssprache Esperanto. Diese Sprache ist in fast allen Ländern der Erde verbreitet, hat überall Vertreter und nützt in hohem Maße dem Proletariat aller Länder. Leichte und billige Erlernbarkeit, praktische Anwendung auch im Auslande, praktische Erfolge auf allen Gebieten, unbedingter Verlaß auf die Sprache in allen Ländern — das sind einige Punkte, die jeden Arbeiter veranlassen sollten, sich mit Esperanto zu befassen. Tut er das, so wird er bald die Wichtigkeit dieses internationalen Verständigungsmittels erkennen und ein Förderer des Esperanto werden. Nähere Auskunft erteilt gern der Arbeiter-Esperanto-Bund, Leipzig-Thonberg, Wasastraße 16, oder V. Siegert, Schweidnitz in Schlesien, Herrenstraße 22.

Der Internationale Genossenschaftsbund und die kommunistischen Treibereien. Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes, die kürzlich in Stockholm tagte, faßte folgende Entschließung: „Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hat, insbesondere seit dem Genfer Kongreß, mit Bedauern die Angriffe wahrgenommen, die gegen den Bund von Leuten gerichtet werden, von denen angenommen werden darf, daß sie direkt oder indirekt Beziehungen zu Landes-Genossenschaftsorganisationen haben, die dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossen sind; ebenso die andauernden Bemühungen, die offensichtlich von den gleichen Quellen ausgehen, besondere Formen wirtschaftlicher und politischer Propaganda in die Genossenschaftsbewegung anderer Länder hineinzutragen. Die Exekutive erklärt, daß die Unterstützung, Förderung oder auch Unterlassung der Mißbilligung dieser Angriffe und dieser Propagandamethoden durchaus dem Geiste der Satzungen des Bundes widersprechen, die die völlige Autonomie und Unabhängigkeit jeder nationalen Bewegung vorsehen und dem Bunde selbst die Pflicht politischer und religiöser Neutralität auferlegen. Die Exekutive gibt ferner ihrer Entschlossenheit Ausdruck, die unbedingte Hochhaltung dieser fundamentalen Grundsätze zu verfechten und in allen Fällen der Mißachtung rücksichtslos die in den Satzungen vorgesehenen Maßnahmen zu treffen. Vorsichtshalber wird der Generalsekretär angewiesen, unverzüglich der Exekutive jede Abweichung von den Bundessatzungen, die zu seiner Kenntnis gelangt, der Exekutive anzuzeigen."

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Vom 14. bis 20. Juli haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Ahrensböck 300 M. Aibling 231,25, Ansbach 243,15, Angermünde 231,60, Apolda 207,80, Aschersleben 300, Anklam 155, Annaberg 3000, Aschaffenburg 718,42, Angermünde 90, Aalen 250, Altenburg i. Thür. 676,01, Altstedt 336,30, Bismark 158,35, Bochum 2523,50, Braunschweig 3824,85, Bunzlau 2000, Baldenburg 104,90, Bielefeld 3925,20, Bayreuth 2483,50, Berchtesgaden 593,30, Büsum 517,80, Bramstedt 29,98, Buckow 333,10, Brück 153,05, Breslau 7351,86, Barnstorf 141,90, Berne 91,05, Bremen 7055,83, Brandenburg 2687,21, Bahn 150, Beelitz 378,90, Bevensen 180,30, Blumenthal 22, Bernsee 356,80, Bodenfelde 115,50, Crefeld 2000, Coldiz 243,70, Cuxhaven 1000, Crinitz 40, Corbach 400, Cüstrin 440, Calbe a. d. S. 883,23, Coburg 900, Calefeld 414,90, Crailsheim 377,15, Cottbus 1200, Delmenhorst 4581,60, Darmstadt 1500, Drochtersen 374,20, Demmin 292,87, Dortmund 4201,84, Darmstadt 4500, Detmold 3151, Duisburg 2000, Driburg 180,95, Dramburg 100, Driesen 100, Daber 182, Dannenberg 110,85, Dorfen 70, Dahlenburg 10,60, Duingen 1494, Duderstadt 129,50, Elbing 4576,62, Emden 3148,85, Escherhausen 189,30, Eisleben 202,02, Eutin 869,35, Elmshorn 514,15, Erfurt 600, Eisenberg 500, Essen 1228,79, Erlmühle 477,25, Eschwege 1500, Eberswalde 150, Eichhof 80,50, Eisenach 1221,35, Frankfurt a. M. 12 000, Freudenstadt 540,95, Freienwalde i. P. 151,85, Frankenhausen 626,73, Frankenberg 22,78, Finsterwalde 150, Füssen 298,65, Fallersleben 57,20, Forst 646,45, Fraustadt 460,68, Freienwalde a. d. O. 620,25, Greifenhagen 162,55, Glauchau 2102,37, Göhnitz 562,98, Glogau 461,55, Goslar 2111,25, Gießen 3600, Gehren 382,85, Gronau 284,50, Groß-Beeren 137,90, Gräfenthal 151, Gelsenkirchen —,10, Gützkow 35,35, Golßen 50, Görlitz 814,65, Greifenberg 382,20, Görzke 162,60, Gülzow 142,65, Gelenau 2313,60, Gusow 277,65, Gotha 171,05, Göttingen 2086,70, Guben 750, Grömitz 630,85, Hamburg 14 000, Herford 2373,82, Husum 426,70, Hornberg 200, Hameln 360, Hannover 9036,40, Hermannsburg 129,05, Harfefeld 108,55, Heilbronn 1000, Hildesheim 500, Helmstedt 1576,70, Hirschau 147,50, Horst 11,35, Heilbronn 1071,80, Hainrode 62,50, Herzfeld 1373,59, Hettstedt 100, Immenstadt 567, Jahnick 410,05, Itzehoe 472,60, Jerichow 122,65, Jena 789,09, Köln 5000, Kronach 506,70, Klötze 172,48, Kaiserslautern 400, Kolberg 518,45, Ketzin 67,60, Königslutter 20, Kulmbach 1163,20, Krakow 106, Kallies 50, Kempten 460,15, Kappeln 412,60, Königsee 224,25, Krausnick 215,05, Klosterlausnitz 76,40, Köslin 600, Landshut i. Bay. 1000, Limburg 78,50, Laufen 684,70, Lauenburg i. P. 1068,40, Lübben 318,55, Lauenburg a. d. E. 27,70, Limburg 1100, Luckenwalde 698, Lüdenscheid 420, Liegnitz 2486,60 Lychen 100, Langensalza 100, Letschin 400, Laage 70, Ludow 277,90, Luckau 270, Liebenwalde 220,75, Lebenstein 217,50, Lauterberg 104,90, Lingen 70,80, Löcknitz 65, Moosburg 550,80, Mainz 18,80, Michendorf 458,20, Mühlhausen i. Thür. 250, Massow 414,65, Minden i. W. 1620,42, Meiningen 1347,05, Meppen 821,20,

Marienwalde 454,55, Meiersberg 187,10, Miesbach 100, Mülheim a. d. R. 1500, Münster i. W. 650,67, Münsterberg 350, Marne 119,85, Neurode 941,55, Naumburg 879,30, Neuwedell 504,03, Nebra 280,20, Nauen 398,85, Nordhausen 900, Neustettin 300,05, Naugard 80, Nordenham 30, Neudamm 40, Neuruppin 1487,50, Nürnberg 14,40, Norden 342,70, Nördlingen 760,20. Neustadt a. d. O. 512,25, Neumünster 54,60, Oppeln 751,14, Oldesloe 259,25, Olbernhau 152,40, Oettingen 41,50, Osterode a. H. 747,80, Oebisfelde 248,30, Ostrosnitz 155,55, Orb 840, Ortrand 106,48, Penig 583,60, Prenzlau 187, Pollnow 107,75, Potsdam 948,55, Peine 1000, Polzin 100, Prien 289,85, Passau 1200, Pasewalk 118,25, Querfurt 329,30, Reetz 84,45, Roßla 134,70, Remscheid 527,06. Reichenbach i. Schles. 3133,36, Rostock 3040 (Bezirk), Rummelsburg 159,60, Rügenwalde 147,45, Recklinghausen 1353,40, Rottach 368,20, Ratzeburg 168,50, Rotenburg i. Hann. 687,40, Ribnitz 200, Rudolstadt 536,75, Rheinsberg 140, Ratzebuhr 68,33, Riesa 39,35, Ronneburg 506,15, Sulzbach 48,65, Schweinfurt 800, Schweidnitz 1000, Schneidemühl 1100, Stralsund 554,65, Schöningen 389,30, Soltau 312,90, Sagard 124,90, Stargard 27,50, Seth 270, Stendal 888,72, Saarmund 461,40, Solingen 415,42, Seesen 416,85, Stettin 6217, Schneverdingen 139,05, Sulingen 84,55, Schepfloch 166,40, Salzungen 90, Schivelbein 126, Stralsund 300, Sondershausen 200, Schlawe 130, Sachwitz 950,96, Siegen 448,05, Strausberg 211,26, Stuttgart 89,30, Spremberg 726,25, Schöppenstedt —,95, Staßfurt 800, Schöneck 286,65, Schweidnitz 312,95, Segeberg 151,15, Strehlen 1200, Striegau 1058,28, Swinemünde 329,25, Schwiebus 180,55, Salzhausen 252, Tölz 617,95, Triebes 299,60, Traunstein 150, Treptow a. d. R. 414, Tettnang 181,20, Tempelburg 161,10, Treptow a. d. Toll. 135,55, Treuenbrietzen 56,25, Tremsbüttel 375,80, Trittau 344,55, Uelzen 354,50, Uslar 159,25, Uetersen 301,80, Visselhövede 145,05, Verden 735,60, Wollin 93,70, Wittenberg 800, Winsen a. d. A. 77,45, Walsrode 1040,40, Wesselburen 242,60, Wildeshausen 143,05, Westerland 186,45, Wittingen 100, Wyk a. Föhr 453,10, Wippra 169,80, Wesenberg 59,82, Wittstock 530,85, Worms 500, Weferlingen 236,30, Wintzingerode 118,90, Wasserburg 84, Wiesbaden 5496,59, Waren 180, Wittenberge 600, Winsen a. d. Luhe 342,85, Woldenberg 229,60, Wriezen 195,10, Zehdenick 428,98, Ziesar 115,30, Zeulenroda 344,98, Zielenzig 250, Zwiesel 57,83.

Von hingesandter Streikunterstützung zurück: Helmstedt 39,35 M, Massow 29,80, Reutlingen 3050,23, Wittstock 90,70.

Protokolle: Ansbach 11,20 M, Bayreuth 56, Calbe a. d. Saale 8, Duisburg 68,80, Greifenberg i. Pomm. 4, Glogau 11,20, Goslar 28,80, Husum 16, Immenstadt 4, Lüdenscheid 8, Liebenwalde 160, Neurode 11,20, Naumburg 11,20, Neuwedell 2,40, Polzin 5,60, Pforzheim 49,60, Recklinghausen 4,80, Rügenwalde 3,20, Stralsund 32, Sulingen 1,60, Schopfloch 13,60, Schweidnitz 72, Segeberg 11,20, Striegau 28, Tettnang 1,60, Trittau 6,40, Visselhövede 11,20, Woldenberg 2,40, Zeulenroda 11,20.

Kalender: Calbe a. d. S. 2,50 M, Duderstadt 5, Großenhain 20,50, Greifenberg i. Pomm. 5, Göttingen 1,50, Liebenwalde 7,50, Naumburg 9,50. Neuruppin 10, Visselhövede —,50, Wasserburg 16.

„Grundstein"-Einbände: Bayreuth 7 M, Breslau 3,50, Bielefeld 3,50, Coburg 3,50, Eisenach 3,50, Immenstadt 3,50, Liegnitz 3,50, Neumünster 3,50, Oppeln 3,50, Siegen 3,50, Uelzen 3,50.

Futterale: Aibling 5 M, Altenburg 5,50, Brake —,80, Belgard a. d. P. 4,60, Bevensen 1,80, Bielefeld 80, Deutsch-Rasselwitz 20, Delmenhorst 20, Daber 2, Emden 40, Erlmühle 1,80, Fraustadt 4, Grömitz 4, Herford 20, Hamm 40, Jacobshagen 3, Itzehoe 6, Königsee 8, Lychen 8, Marienwalde 2,80, Nürnberg 60, Neumünster 10, Obhausen 2, Oldesloe 2, Priebus 2, Polzin 5,60, Recklinghausen 120, Riesa 20, Schneverdingen 4, Schopfloch 20, Tettnang 1, Treptow a. d. T. 2, Wurzen 10, Wangen 10, Woldenberg 2.

Bundes-Nadeln: Aibling 2,50 M, Angermünde 2,50, Aschaffenburg 7,50, Allstedt 2,50, Augsburg 57,50, Bayreuth 7,50, Berchtesgaden 2,50, Büsum 2,50, Bramstedt 2,50, Breslau 7,50, Brück 2,50, Barnstorf 2,50, Berne 2,50, Buckow 2,50, Blumenthal 2,50, Baldenburg 2,50, Bitterfeld 157,50, Braunschweig 107,50, Bismark 2,50, Brunshaupten 2,50, Cuxhaven 7,50 Coburg 7,50, Drieburg 2,50, Daber 20, Dorfen 2,50, Dahlenburg 2,50, Deggendorf 2,50, Eisleben 2,50, Elbing 7,50, Erlmühle 2,50, Eisenberg 75, Eichhof 2,50, Eisenach 65, Fallersleben 2,50, Freyhan 17, Freienwalde i. P. 2,50, Garz a. R. 20, Gülzow 2,50, Gelenau 2,50, Gusow 2,50, Grömitz 2,50, Gößnitz 2,50, Glogau 2,50, Greifenhagen 2,50, Gräfenthal 2,50, Hamm 7,50, Hirschau 2,50, Hainrode 2,50, Hettstedt 10, Immenstadt 2,50, Jatznick 30, Königslutter 2,50, Krakow 2,50,

Für die Woche vom 26. Juli bis 1. August ist der 31. Bundesbeitrag für 1925 zu zahlen.

Kappeln 2,50, Königsee 12,50, Krausnick 2,50, Klosterlausnitz 2,50, Kreuzburg 2,50, Liegnitz 7,50, Lüdenscheid 7,50, Lauterberg 2,50, Lindow 12,50, Michendorf 2,50, Mügeln 2,50, Massow 2,50, Minden i. W. 107,50, Meiningen 2,50, Münster i. W. 7,50, Marne 2,50, Neuwedell 2,50, Neuruppin 2,50, Norden 2,50, Nürnberg 107,50, Neumünster 5, Oppeln 7,50, Osterode a. H. 2,50, Oebisfelde 2,50, Pollnow 2,50, Potsdam 2,50, Polzin 2,50, Prien 2,50, Pforzheim 7,50, Pyritz 2,50, Pirna 7,50, Querfurt 12,50, Rottach 27,50, Ratzeburg 2,50, Rudolstadt 2,50, Rummelsburg 2,50, Reichenbach i. Schles. 7,50, Reetz 2,50, Soltau 2,50, Stendal 2,50, Solingen 7,50, Sulingen 2,50, Siegen 7,50, Segeberg 2,50, Schwiebus 2,50, Salzhausen 2,50, Treuenbrietzen 2,50, Treptow a. d. R. 2,50, Tettnang 15, Treptow a. d. T. 2,50, Trittau 2,50, Uelzen 2,50, Visselhövede 2,50, Verden 2,50, Wittstock 2,50, Weferlingen 2,50, Woldenberg 27,50, Wriezen 19,50, Wittingen 2,50, Wesselburen 2,50, Wildeshausen 2,50, Winsen a. d. A. 2,50, Wittstock 25, Walsrode 2,50, Zehdenick 2,50, Ziesar 2,50, Zarrentin 2,50.

Verschiedene Schriften: Augsburg 1,50 M, Berlin 5, Gera 1,50, Finsterwalde 1, Hannover 5, Neurode 4,10.

Der Bundesvorstand.

Bücher und Schriften.

Angestelltenbewegung (AfA.) 1921–1925. Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Sozialpolitik und Gewerkschaftsentwicklung aus bewegten Jahren. Verlag J. H. W Dietz Nachf., Berlin. Preis in elegantem Leineneinband 8 M. Das größte Werk über die Angestelltenbewegung und die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit ist soeben erschienen. Das drucktechnisch erstklassig ausgestattete und mit zahlreichen Abbildungen versehene Buch ist für jeden in der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung Tätigen eine Fundgrube wertvollen Materials für die geistige Forschung, für die Propaganda gemeinwirtschaftlicher, sozialer und sozialistischer Gedanken. Die Abschnitte über die deutsche Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte der Nachkriegsjahre zeigen in einer systematischen Zusammenstellung das gewaltige Maß der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den schweren Krisen- und Inflationsjahren geleisteten Arbeit. Man sieht förmlich, wie Tag um Tag, Stunde um Stunde Dämme aufgerichtet werden mußten, um die werktätige Bevölkerung unseres Landes in dieser Zeit vor dem völligen Versinken ins Wirtschaftschaos zu schützen. Es gibt keine sozialpolitische Frage und kein Gewerkschaftsproblem, das nicht eingehende Behandlung erfährt. Dazu werden zahlreiche Dokumente aus dieser wichtigen nachkriegszeitlichen Geschichtsperiode wiedergegeben. Das Buch gibt auch Aufschluß über die innerorganisatorischen Vorgänge in den deutschen Gewerkschaften, über die Verbindung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Beziehungen zu den politischen Parteien und die Zusammenhänge der Gewerkschaften mit der großen republikanischen Bewegung; es füllt somit eine Lücke aus in der Literatur der deutschen Gewerkschaften über die historische Entwicklung in der Nachkriegszeit. Es führt aber auch ein in die Psyche der Angestellten, Beamten und Kopfarbeiter, um die Voraussetzungen zu zeigen, die für ein besonders inniges Vertrauensverhältnis der Hand- und geistigen Arbeiter erfüllt werden müssen, um den Gedanken einer allgemeinen Arbeitnehmersolidarität zu verwirklichen. Die Anschaffung kann jedem Politiker, Wirtschafts- und Sozialpolitiker und Gewerkschaftsgenossen nur dringend empfohlen werden.

Mitteilungen der Schriftleitung.

Drei Kollegen. Auf Euer Schreiben kann nicht eingegangen werden, weil Ihr Eure Namen nicht nennt und weil das Schreiben keinerlei Beglaubigung durch den Vereinsstempel trägt. Das sind unabweisbare Vorbedingungen, weil sonst die Wahrscheinlichkeit fehlt, daß Ihr auch richtig berichtet. In jedem solchen Falle muß es die Schriftleitung des „Grundstein" ablehnen, dazu Stellung zu nehmen, sonst könnte es geschehen, daß irgendwelche Leutchen, denen das Spaß macht, sie auf Besen laden könnten. Also Papierkorb!

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder:

Altenburg. **Karl Stengel**, Maurer, 66 Jahre alt.
Breslau. **August Winkler**, Maurer, 59 Jahre alt.
Cassel. (Crumbach.) **Georg Kvieriem**, Hilfsarb., 54 J.
Dresden. (Ottendorf.) **Wilh. Haase**, Maurer, 52 Jahre.
Duisburg. **Ernst Baumann**, Maurer, 33 Jahre alt.
Erfurt. **Reinhold Meylarth**, Maurer, 59 Jahre alt.
Ferdinand Kurzke, Hilfsarbeiter, 65 Jahre alt.
Gandersheim. **Wilhelm Beulshausen**, Maurer, 55 J.
Hamm. (Ahlen.) **Herm. Löchelt**, Maurer, 42 Jahre alt.
Landsb. a. d. W. (Dühringsh.) **W. Heidemann**, M., 59 J.
Leipzig. **Robert Thieme**, Maurer, 63 Jahre alt.
Arthur Schramm, Glaser, 48 Jahre alt.
Löbau. **Adalbert Sawala**, Maurer, 48 Jahre alt.
(Schönbach.) **Herm. Richter**, Maurerpol., 40 Jahre.
(Lawalde.) **Paul Kämmer**, Hilfsarb., 21 Jahre alt.
Nürnberg. (Fürth.) **Bernhard Fischer**, Stukkat., 38 J.
Pforzheim. **Karl Pfisterer**, Hilfsarb., 48 Jahre alt.
Plauen i. V. (Adorf.) **Adolf Echtner**, Maurer, 64 J.
Strehlen i. Schl. (Töggendorf.) **W. Titschert**, M., 67 J.
Zwickau. **Richard Wolf**, Hilfsarbeiter.

Ehre ihrem Andenken!

Baugew. Königsberg i. Pr. Am 8. August feiert die Fachgruppe d. Maurer ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Eintrittskarten sind im Bureau des Gewerkschaftshauses, Zimmer 5, zu haben. Um rege Beteiligung ersucht Der Fachgruppenvorstand. J. A.: Fritz Hartmann.

Baugewerkschaft Kiel. Der Posten des 1. Geschäftsführers ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. Die Anstellungskommission.

Grimmen. Achtung, Maurer! Alle zureisenden Kollegen haben sich vor Arbeitsantritt in Grimmen bei **Albert Sperling, Rückertstraße 9**, zu melden.

Einbeck. Conrad Dietz hat sein Verbandsbuch verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Buch an **Conrad Dietz, Maurer, Weißenborn am Harz**, zu senden. Die Kosten trägt die Baugewerkschaft Einbeck.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Bauarbeiter Deutschlands.

(„Grundstein zur Einigkeit", Zuschußkasse.)

Wir machen unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli 1925 an die Beiträge wieder die früheren sind. Es sind pro Woche zu zahlen:

In der 1. Klasse	60 ₰	In der 3. Klasse	40 ₰
„ „ 2. „	50 „	„ „ 4. „	30 „

Die Krankenunterstützung ist auf das $17\frac{1}{2}$fache des **Beitrages** festgesetzt; sie beträgt demnach pro Woche:

In der 1. Klasse	10,50 M	In der 3. Klasse	7,— M
„ „ 2. „	8,75 „	„ „ 4. „	5,25 „

Die Krankenunterstützung wird bis zu 39 Wochen voll bezahlt. Eine Staffelung in der Höhe der Krankenunterstützung findet nicht statt.

Sterbegeld wird je nach Klasse und Mitgliedsdauer bis zu 100 M gezahlt.

Jedem im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, der das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, gesund und erwerbsfähig ist und das Bedürfnis hat, sich gegen die Gesundheitsgefahren doppelt zu versichern, wird unsere Kasse zum Beitritt empfohlen. Wo sich an einem Ort 20 Mitglieder zu diesem Zweck zusammenfinden, können Verwaltungsstellen errichtet werden. Nähere Auskunft wird gern erteilt.

Der Vorstand. J. A.: A. Beeg.

Versandhaus Fritz Ulrich
Mechanische Berufs- und Sportkleider-Fabrik
Altona b. Hamburg, Gustavstraße 58/60.
Berufskleidung, Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen „Teakin", Isländer, Hüte.
Preisliste gratis und franko

Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen und 5 Tage zur Probe liefere ich überallhin gegen bequeme Wochenraten von nur GM **1.–** an
Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen etc., Sprechapparate und Platten, Harmonikas, Uhren, photograph. Apparate, Ferngläser, Reisekoffer u. Taschen, Damenhandtaschen, Lederwaren etc. Ill. Katalog gratis u. frei
Walter H. Gariz, Berlin S 42, Postfach 846K

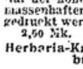
Musik-instrumente für Orchester, Schule, Haus
Verlangen Sie Preisliste.
Max Dörfel, Klingenthal i. S. Nr. 37

M. Mosberg, Bielefeld.
Arbeitsgarderoben · Berufskleidung
Werkzeuge
in weltbekannten Qualitäten.
Direkter Versand an jedermann.
Verlangen Sie Preisliste.
Achten Sie genau auf die Adresse: Firma
M. Mosberg, Bielefeld, Jöllenbeckerstr. 5.

Gegen Gicht u. Rheumatismus
gibt es wohl tausend Mittel, aber wenige erweisen sich als wirksam genug, um die sich bereits zu harten Kristallen gebildete **Harnsäure wieder aufzulösen und in gelöstem Zustande als Urin auszuscheiden!** Darin aber gerade liegt die **Wirksamkeit des Philippsburger Herbaria-Gicht- und Rheumatismustees!** Er wirkt **lösend auf Harnsäureablagerungen und wirkt mächtig ausscheidend** (harnsäuretreibend). Die von den vielen Verbrauchern freiwillig eingehenden großartigen Dankschreiben beweisen, daß er selbst in veralteten Fällen, die jahrelanger Behandlung durch andere Kuren spotteten, **volle Erfolge** brachte, weil er Harnsäureablagerungen angreift, auflöst und ausscheidet, wenn damit durchgreifende Kuren (6 bis 12 Pakete) gemacht werden. Nur der hohen Kosten wegen können die massenhaften Dankschreiben nicht abgedruckt werden. Prospekt gratis. Paket 2,50 Mk. Herstellung und Versand
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 304 (Baden).

Gute starke **Reste** in Manchester und Reitkord, 7–15 Meter lang, und in Kleider-Samt. Must. 8 Tage z. Wahl. Samthaus Schmidt, Hannover 65 R.

Maurerhosen
Leder, schwer, à 13 M. u. etwas leichter 9 M. Verlang. Sie Muster. Herbert Fritsche, Kleiderfabrik, Niederoderwitz i. S.

Ernst Heß, Nachf., gegr. 1872, Klingenthal Sa. NO 197

all. Musikinstr., Harmonikas, Sprechapparate. Fabrikation! Niedrigste Fabrikpreise. Gr. Jubil.-Katalog gratis. Schallplatten St. M 2,30.

!! Pickel, Mitesser !!
Ein einfaches wunderbares Mittel teile gern jedem kostenlos mit.
Frau **M. Poloni,**
Hannover A. 15, Edenstraße 30A.

Prüfet, wählt das Beste
Delicat — Frei Haus
Edamer
Art Käse
2 Kug., 9 ℔ .. 5,95 M,
9 ℔ Holl. Art. 5,95 M,
9 ℔ Limb. Art 5,75 M,
9 ℔ Dn. Schw. 12,50 M,
9 ℔ Hll. Fettk. 8,95 M,
9 ℔ Ed. „ 9,50 M,
9 ℔ Lbg. „ 8,90 M,
9 ℔ Tils. Art, Fettk. in Staniol ... 7,75 M,
200 Harzerk. .5,20 M,
300 Harzerk. .7,25 M,
5 ℔ Tafelk. und 4 ℔ Landmettwurst zus. 10,95 M, ca. 5 kg-Dose fettr. neue Matjesher. 4,95 M, 5 kg-E. Ia Pflaumenm. 5,75 M
E. NAPP, Altona A 100 Z.

Modellsteine der **Bauhüttentischlerei in Liegnitz** sind nunmehr wieder zu haben. Nach kurzer Pause ist ihre Herstellung im vollen Umfange wieder aufgenommen. Bestellungen sind zu richten an: **Bauhüttentischlerei, Liegnitz, Am Bahnhof.**

1. Preis **Arcona-Räder**
Hundert I., II. und III. Preise
die Lieblingsmaschinen der Rennfahrer und Tourenfahrer. Das Rad für jedermann! Elegant, leichtlaufend u. unbedingt zuverlässig, eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preise!
5 Jahre Garantie! 100 000 de im Gebrauch!
Die bedeutendsten Rennfahrer der Welt benutzten zu den längsten und schwierigsten Rennen nur Arcona
das beste Rad
Der 1., 2., 3., 4., 5. und 2., 4., 5., 6. Preis wurden im Zweiten Dresdener bzw. Fünften Berliner Sechstage-Rennen auf
„Arcona"-Rädern gewonnen
Verlangen Sie Katalog gratis und franko
Ernst Machnow BERLIN C 54 Weinmeisterstraße 14

Den Verbandskollegen empfehlen wir Uhren aller Art in nur anerkannt bester Qualität und in allen Preislagen.
MICH. FLEIG,
vorm. Uhrenarb.-Genossenschaft,
Schwenningen a. N. (Schwarzwald).
(Gegründet 1907.) Prospekte gratis.

aus prima dichtem Köper.
Langjährige Garantie. Katalog und Proben mit über 50 verschiedenen Preisen frei. Umtausch oder Geld zurück. Versand unter Nachnahme.
Bettfedern Mk. 0.95, 1.40; Halbdaunen Mk. 2.70, 3.20; Daunen Mk. 8.50, 14.-

Oberbett mit 7 Pfund	16.65	22.25	25.40	29.60
Unterbett mit 6 Pfund ...	15.70	21.70	24.–	27.60
2 Kissen mit 5 Pfund	9.55	13.40	14.65	17.65
1½ schläf. Bett zusammen	41.90	58.35	64.05	74.85

2 schläf. etwa 10% mehr. Bessere Betten bis Mk. 150.-
Bettfedergroßhandlung
W. Büttner, G. m. b. H., Werl i. W. 83

Verlag Deutscher Baugewerksbund (Fritz Paeplow). Verantwortlicher Schriftleiter: Arthur Schmit. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.